

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erstausgabe dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Inhalt des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Posten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streifen usw. nicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Poststelle oder deren Raum 15 Pfa., die Spaltenweise Kellernweise 40 Pfa., Ausnahmestellen 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschickter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keine Garantie übernommen. / Belegabgabe: 10—M. das Kalend., zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 146

Donnerstag, den 10. Dezember 1931

33. Jahrg

Führenvergebung.

Die Vergabe der städtischen Führen für das Jahr 1932 erfolgt **Sonnabend, den 12. Dezember, abends 7 Uhr**, im Ratssaal.

Kemberg, den 9. Dezember 1931.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

In der feierlichen Jahresabschlussfeier des amerikanischen Präsidenten wird neben der Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft auch der Hilfe für Deutschland gedacht.

Frankreich hat den Regierungen, die an der Tagung des Sonderausschusses der V.3, interessiert sind, seine Ansicht über die Reparationsfrage mitgeteilt.

Bei der Präsidentenwahl im Hessischen Landtag wurde der Nationalökonom Professor Dr. Werner mit absoluter Mehrheit gewählt.

Ueber die wirtschaftspolitischen Fragen sprach Geheimrat Kapp, wobei er Währungsversuche als Bedrohung am Volk bezeichnete.

Notverordnung unterzeichnet.

Schlusshortag des Kanzlers. — Dr. Goerdeler wird Preislenkungskommissar.

— Berlin, 9. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing in den Abendstunden des Dienstags den Reichskanzler Dr. Brüning zum abschließenden Vortrag und unterzeichnete danach die neue Notverordnung.

Die Notverordnung trägt den Titel: „Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 3. Dezember 1931.“ Eingeteilt ist die Verordnung in neun Abschnitte. Ingesamt umfasst sie 47 Seiten.

Nach dem Vortrag des Reichskanzlers empfing Reichspräsident von Hindenburg noch den Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Elpzig und bat ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnellen Durchführung der Preislenkung in der neuen Notverordnung geschlossene Anträge eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu übernehmen. Dr. Goerdeler hat sich dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

Son den neun Abschnitten, in die die Notverordnung gegliedert ist, enthält der erste, der

Preis- und Zinsentzug

gewidmete Abschnitt Einzelbestimmungen über die Anpaßung gebundener Preise an die veränderte Wirtschaftslage.

Im allgemeinen handelt es sich um eine 10prozentige Senkung. Wenn diese Senkung nicht durchgeführt wird, so gelten alle Vereinbarungen als Null und nichtig. Das Kabinett hat sich aber nicht entschlossen, die Kartelle aufzulösen. Der Wirtschaftsminister kann über diese Grenze aber noch hinausgehen und den Zeitpunkt für die Herabsetzung vorschreiben.

Der Preis für Kohle und Kali wird ab 1. Januar ebenfalls um zehn Prozent gesenkt.

Es ist auch Vorlage getroffen, daß die Herabsetzung des Kohlepreises sich im Kleinhandel auswirkt.

Das zweite Kapitel enthält einen „Schutz gegen übermäßige Zinsen“, das dritte behandelt die Zinsentzug und das letzte die Aufhebung der Steuer-Bezugsnachteile und Senkung der Steuerzinsen.

Hierbei handelt es sich um eine sehr wesentliche Maßnahme, denn die hohen Zinsen für rückfällige Steuern werden abgeheftet und das Reich berechnet 12 Prozent Jahreszinsen von den Steuerrückständen.

Was die

Einzelheiten der Zinsentzug

betrifft, werden die Zinsen für die festverzinslichen Papiere gesenkt, und zwar sowohl die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und der Kommunen als auch privater Papiere dieser Art.

Die Zinsentzug soll durchgeführt werden bei acht Prozent oder weniger auf sechs Prozent, bei Zinsfuß von mehr als acht Prozent im Verhältnis von acht zu sechs. Diese Regelung gilt auch für Hypotheken und Pfandbriefe, und es wird ausdrücklich unterstrichen, daß die Art der Durchführung von vornherein eine Schwächung solcher Papiere ausschließt.

Der Reichskommissar für das Bankgewerbe wird durch Vereinbarung mit den Spitzenverbänden eine Senkung der Debetzinsen herbeiführen. In den Fällen, in denen eine Vereinbarung nicht möglich ist, hat der Kommissar das Recht, von sich aus Festsetzungen zu treffen. Durch Verhandlungen mit der Reichsbank ist eine Umänderung des Lombardzinsfußes an den Wechselkurs herbeigeführt worden. Die Senkung beträgt zunächst ein Prozent.

Mietentzug für Alt- und Neubauwohnungen.

Der zweite Teil der Notverordnung behandelt die Wohnungsnotwendigkeit und beginnt mit Bestimmungen über einen Gebietswertungsbescheid bei bebauten Grundstücken

Das zweite Kapitel über die Mietentzug, und zwar ermöglicht sich die gezielte Miete um 10 Prozent der Friedensmiete. Bei Neubauten ist die Bestimmung schon etwas kompliziert. Dort ermöglicht sich die Miete ab 1. Januar anteilig um den Betrag, um den die laufende Befragung der Grundstücke nach den Vorschriften über die Zinsentzug ermöglicht wird. Das nächste Kapitel behandelt die außerordentliche Kündigung von Mietverträgen. Ein weiteres den Abbau und die Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft und schließlich die Beamteneinkünfte.

Abbau der Hauszinssteuer.

Schrittweise Abschaffung.

Die Hauszinssteuer soll allmählich abgebaut werden. Sie wird zunächst um 1. April um 20 Prozent gesenkt, dann später für die Jahre 1933 und 1936 auf 75 Prozent, für die folgenden Jahre auf 50 Prozent, jedoch nie am 1. April 1940 ganz vermindert. Dieser Abbau wird zunächst dadurch sichergestellt, daß die Hauszinssteuer nach bestimmten Sätzen sofort abgelöst werden kann.

Die obige Mietentzug ergibt sich aus der Herabsetzung der Hypothekenzinsen. Wo die Zwangswirtschaft nicht mehr besteht, ist die Möglichkeit der einmaligen Kündigung vorgesehen, und zwar zum 1. April, das gilt für gewerbliche Räume.

Der dritte Teil der Notverordnung betrifft Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsverwaltung

und enthält als eine der wesentlichen Bestimmungen die Anordnung, daß auf Antrag eines Schuldners eine Zwangsversteigerung von Grundstücken auf sechs Monate ausgesetzt werden kann.

Der 4. Teil betrifft die „sonstige wirtschaftliche Maßnahmen“ und beginnt mit den wesentlichen Erleichterungen für die Aufhebung von Gesellschaften. Dabei handelt es sich um gewisse Ermäßigungen der Grunderwerbs- und Gesellschaftsteuer. Ein weiteres Kapitel behandelt die Einheitsbewertung. Kapitel 3 hebt die Mineralwassersteuer bis zum 31. Dezember nächsten Jahres auf Kapitel 4 betrifft den Fonds für gewerbliche Gesellschaften. Das nächste handelt „Gewerbe- und bürgerrechtliche Vorschriften“. Es ist im wesentlichen eine Ermächtigung die Gewerbeordnung der neuen Wirtschaftsbedingungen und neue Bestimmungen in das Bilanzgesetz zu fügen. Das 6. Kapitel sieht die Ausprägung von 10 Pfennig-Stücken vor. Ferner enthält der Teil Änderung der Vorschriften über das Haushalts- und Schulwesen aus der Oktober-Verordnung und im Schulkapitel werden Spar- und Giropläne, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen behandelt.

Aufhebung der Tarifverträge

Der 5. Teil der Notverordnung ist der Sozialversicherung und Fürtage gewidmet. Hier werden die Themen: Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rappachtsversicherung, gemeinsame Vorschriften, Fürsorgeeinrichtungen usw. behandelt.

Der 6. Teil über die arbeitsrechtlichen Vorschriften enthält auf 2. Kapitel, und zwar 1. über die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten und 2. soziale Maßnahmen. Das Wesentliche daran ist, daß alle Tarifverträge, am Tage des Inkrafttretens der Notverordnung geltend auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.

Der 7. Teil behandelt die Sicherung der Haushalte, das letzte Kapitel bringt die

Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent.

Das zweite behandelt die Vorauszahlung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Kapitel 3 hebt Bestimmungen über eine Reichsfluchtsteuer und sonstige Maßnahmen gegen Kapital- und Steuerflucht vor. Zu diesem Teil gehört ferner eine Abkommenssteuer bei Kompensationsgeschäften, ein Sonderkapitel über die Kreissteuer der Gemeinden und schließlich

die Gehaltsföhrung für die Beamten ab 1. Januar.

Die Löhne und Gehälter in Reich, Ländern und Gemeinden sollen bei den Beamten um neun Prozent und bei den Arbeitern um zehn Prozent gesenkt werden. Die neunprozentige Kürzung der Beamteneinkünfte wird sich praktisch ebenso wie die zehnprozentige Kürzung der Arbeiterlöhne, da als Grundlage für die Kürzung bei den Beamten das ursprüngliche Grundgehalt genommen wird, während bei den Arbeitern von gegenwärtigen Lohnstand ausgegangen wird.

Der 8. Teil heißt „Schutz des inneren Friedens“. Er bringt Maßnahmen gegen den Waffensmehrabau, ferner ein allgemeines Uniformverbot für alle Verbände. Ein weiteres Kapitel bringt die Bekämpfung des Ehrenschutes und schließlich ist ein Weibnachtsfriede ab sofort bis zum 3. Januar vorgegeben.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

liefern frei Haus Richard Arnold, Buchhandlung

Versammlungs- und Uniformverbot.

Bültig ab Mittwoch — für alle Verbände.

Wie zu den Bestimmungen der neuen Notverordnung über den Schutz des inneren Friedens mitgeteilt wird, gilt das Uniformverbot, das bereits am heutigen Mittwoch wirksam wird, für alle Verbände. Jedes Tragen irgendwelcher Uniformen ist den Angehörigen politischer Verbände außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Auch das Versammlungsverbot tritt sofort in Kraft.

Weiter ist eine erhebliche Verstärkung des Ehrenschutzes vorgegeben. Verleumdungen gegen Personen im öffentlichen Leben werden in Zukunft mit Geldstrafe nicht unter drei Monaten bestraft. Außerdem sind bis zum 3. Januar zur Sicherung des Weibnachtsfriedens alle Versammlungen sowie alle Aufzüge unter freiem Himmel verboten.

Goerdeler verläßt die deutschnationale Partei.

Berlin, 9. Dezember. Der neuernannte Reichskommissar Dr. Goerdeler hat sich nach einer Unterredung mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Jünger entschlossen, da seine Stellung ihn in einen Gegensatz zur politischen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Oppositionsstellung gegen das Kabinett Brüning bringt, aus der Partei auszutreten.

Eine Warnung der Gewerkschaften.

Lohnentzug und Eingriff in das Tarifrecht.

Berlin, 8. Dezember.

Der Vorsitzende des DGB, Seipart, hat an den Reichskanzler Brüning folgenden Brief gerichtet: „Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Aus der Unterredung, die auf Ihren Vortrag meine Kollegen am Sonnabend mit dem Herrn Reichsarbeitsminister hatten, ist uns zur Kenntnis gekommen, daß die bevorstehende Notverordnung eine weitere Lohn- und Gehaltsentzug bringen soll dergestalt, daß an einem bestimmten Zeitpunkt die Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Verträge und unter Auslösung des ordentlichen Schlichtungsverfahrens durch gesetzlichen Zwang auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.“

Gegen solche Absicht erheben wir in letzter Stunde nochmals entschieden Protest. Wir warnen die Reichsregierung, den Weg der Lohnentzug noch weiterzugehen und wir protestieren insbesondere gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht. Die voraussehbaren Folgen, die sich hieraus ergeben müssen, wird auch die Regierung nicht tragen können; wir erklären schon heute, daß wir jegliche Verantwortung ablehnen.

Treviranus als Mittler.

Eisenbahnergewerkschaften beim Reichsarbeitsminister.

Berlin, 9. Dezember.

Reichsarbeitsminister Treviranus empfing Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften zu einer Aussprache über die mit der bevorstehenden Notverordnung zusammenhängenden Fragen.

Im Anschluß an ausführliche Darlegungen der Verbandsvertreter wies der Minister darauf hin, daß die Reichsregierung die Preislenkungsaktion als ganzes behandeln möchte, und daß sie erwarre, daß die bevorstehenden harten Eingriffe in alle Wirtschaftsbeziehungen zu einer der Senkung der Bezüge entsprechenden Ermäßigung der Lebenshaltungskosten führen werden.

Was die vorgebrachten Einzelwünsche angeht, so sei er gern bereit, in freundschaftlichen Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahngewerkschaft den Mittler zu machen. Weiter könne er bei der bekannten rechtlichen Unabhängigkeit der Deutschen Reichsbahngewerkschaft nicht geben.

Ueber fünf Millionen Arbeitslose.

Vom Arbeitsmarkt im Reich.

Berlin, 9. Dezember.

Die Zahl der Arbeitslosen nahm um rund 214 000 zu und betrug am 30. November nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter rund 5 057 000.

Der überwiegend jahreszeitliche Charakter der Bewegung kommt in der Tafel zum Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonarbeitsberufen um 7,7 vom Hundert, in den übrigen Berufsgruppen nur um 2,4 vom Hundert gegenüber dem Stande vom 15. November zugenommen hat. Seit dem sommerlichen Tiefstand war in diesem wie im vorigen Jahre eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um etwa 1,1 Millionen zu verzeichnen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 30. November insgesamt auf rund 2 772 000. Im einzelnen betrug sie in der Arbeitslosenversicherung rund 1 366 000 und bei Letztes des Monats eine Steigerung um rund 115 000 erfahren; Hauptunterstützungsempfänger in der Reichsversicherung wurden, nach einer Zunahme um rund 24 000, Ende des Monats rund 1 406 000 gezählt.

Der landwirtschaftliche Beirat tagt.

Reichsbank nimmt auch nach dem 17. November akzeptierte Wechsel.

Berlin, 9. Dezember.

In der ersten Sitzung des Landwirtschaftlichen Beirates der Bank für Deutsche Anleiheobligationen erklärte der Vorsitzende des Ausschusses Dr. Paul Silberberg u. a., es sei zu bedauern, daß das Disagio jetzt ein Jahr früher ergangen sei; es hätte dann eine ganz andere Wirkung gehabt.

Reichsminister Dr. h. c. Schlangensiefen wandte sich besonders gegen die Kräfte der Landwirtschaft, die aus unbilligen Motiven die Notverordnung zum Anlaß parteipolitischer Angriffe gemacht haben.

Er hob hervor, daß die Reichsbank sich durch ein Rundschreiben bereit erklärt habe, Wechsel auch dann hereinzunehmen, wenn sie von Landwirten, die das Sicherungsgesetz beantragt haben, nach dem 17. November in laufenden Lieferungsverträgen akzeptiert worden sind.

Die Hilfe für den Osten.

Durchführungsbestimmungen zur Hilfskreditverordnung des Reichspräsidenten.

Der Diskonmissar Reichsminister Schlangensiefen hat jetzt die Durchführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Erhaltung im Ostgebiet vom 17. November 1931 erlassen.

In diesen Bestimmungen wird besonders hervorgehoben, daß die Vorschriften der Sicherungsvorordnung nur angewandt werden sollen, um zwecks Sicherstellung der allgemeinen Volksernährung die Vorbereitung und Einbringung der nächsten Ernte zu ermöglichen. Es soll Vorzüge getroffen werden, daß im Verhältnis von Schuldner zum Gläubiger allein beiden Teilen gerechtfertigter Ausgleich gefunden wird.

Die Einzelheiten der Durchführungsbestimmungen decken sich im übrigen mit den Verlautbarungen, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurden. Die Ausführungsbestimmungen geben in insgesamt 34 kurzen Paragraphen genaue Anweisungen über die Eröffnung und Durchführung des Sicherungsverfahrens, über die Befestigung und die Tätigkeits der Treuhänder und schließlich über das Entschuldigungsverfahren. Die Ausführungsbestimmungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung, dem 8. Dezember, in Kraft.

Präsidentenwahl in Hessen.

Zentrum unterstützt die nationalsozialistische Kandidatur. Der neugewählte hessische Landtag ist zum ersten Male zusammengesetzt und hat in einer von keinerlei Zwischenfällen getriebenen Sitzung sein Präsidium gewählt. Dabei hat sich gezeigt, daß die zehn Mitglieder der Zentrumsfaktion getrennt ihre Stimmen für den nationalsozialistischen Kandidaten, den Abgeordneten Professor Dr. Werner aus Buchbach, abgaben.

Dieser wurde mit 40 Stimmen zum Präsidenten gewählt; der sozialdemokratische Kandidat, der frühere Landtagspräsident Delp, erhielt 16 Stimmen, der kommunistische Kandidat fast 12 Stimmen. Delp wurde dann zum zweiten Vizepräsidenten gewählt; den ersten Vizepräsidenten stellt das Zentrum in der Person des Landwirts Westler.

Der bisherige hessische Staatspräsident Abelung hat dem Landtag die Weisung der Minister zur Verfügung gestellt. Das Ministerium wird verfassungsgemäß die Staatsgeschäfte weiterführen, bis das Staatspräsidium vom Landtag neu gewählt ist und der Landtag die vom Staatspräsidenten zu berufenden Mitglieder des Ministeriums beauftragt hat.

Währungsexperimente sind verborgen.

Gesamrat Kaffl über die wirtschaftspolitische Lage.

Weimar, 8. Dezember.

Vor den Vertretern der mitteldeutschen Industrie sprach Gesamrat Kaffl über die wirtschaftspolitische Lage. Er führte u. a. aus: Nur durch Senkung der Erzeugungskosten könne Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt werden.

Jedes Experiment mit der Währung ist ein Verbrechen am Volke. Alle Faktoren der Erzeugungskosten müssen verringert werden. Diese Forderung gelte sowohl für die steuer- und sozialpolitischen Kosten wie für die Gehälter und Löhne, die Verkehrsstarke und die kommunalen Tarife. Ebenso ist auch parallel mit einer Ermäßigung des Reichsbanknotens eine vorsichtige Erweiterung des Kreditumsatzes anzustreben, das den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht werde.

Nachdem sei wieder eine innerdeutsche noch eine internationale Berührung zu erreichen, wenn nicht die Frage der Reparationen und der kurzfristigen Schulden einer endgültigen Lösung zugeführt würden.

Die Gehaltshöhe bei den Rundfunkgesellschaften.

Berlin, 8. Dezember.

In einer Erklärung betont der Rundfunkkommissar, auch die Gehälter der Rundfunkangestellten seien mehrfach gekürzt worden. Am November sei dann eine Anpassung sämtlicher Gehälter an die Besüge der Reichsbeamten erfolgt. Diese Kürzung sei teilweise bereits am 1. Dezember in Kraft getreten, in den übrigen Fällen werde sie am 1. Januar wirksam. Lediglich sechs leitende Angestellte erreichten annehmbare das Gehalt eines Reichsministers. Die Auszahlung von Gewinnbeteiligungen sei höchstens bis zu 12.000 RM im Jahr zulässig.

Auslands-Rundschau.

Oesterreichs Weinstoff soll erhöht.

Die deutsche Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß Oesterreich den Zoll für Weinstoffe von 80 auf 110 Kronen erhöht. Dafür stimmte Oesterreich der Herabsetzung des Zolls nach Deutschland zugunsten zollerniedrigerer Schnittzolls, fortintings von 250.000 auf 60.000 Doppelzentner zu.

Starace fassifizierter Parteiführer.

Italiens Kammerpräsident Curiati ist auf seinen Wunsch von dem Posten als fassifizierter Parteiführer entbunden worden. Sein Nachfolger in diesem Amt ist der Abgeordnete Starace. Nach einer halbamtlichen Auslosung soll dieser Wechsel im Sekretariat eine Veränderung in der Arbeit der Partei bedeuten.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg den 9. Dezember 1931

Viehzahlungsresultat. Bei der Viehzählung am 1. Dezember 1931 wurden in der Stadt Remberg in 381 (406) Viehhaltungen Hausaltungen festgestellt (die eingetragenen Fohlen bezogen den Stand am 1. Dezember 1930): 175 Pferde (179), 80 Kühe (93), 702 Kopf Rindvieh (638), 9 Bullen (8), 247 Schweine (1090), 322 Fiegen (320), 7 Ziegenböde (7), 247 Gänse (205), 297 Enten (298), 3225 Fühner (5555), 121 Vienenfüße (121).

Wohnhaufträge für das Handwerk. Vom Mitteldeutschen Handwerkerverbund wird uns geschrieben: Wohnnachrichten rückt näher. Das Handwerk in allen seinen Zweigen erhofft von diesem Jahr des Gehalts und des Scheitens eine Belebung und damit eine gewisse Besserung gegenüber der großen Geldkrise, die die schwere Krise auch dem Handwerk seit Wochen und Monaten brachte. Trotz des Ernstes der Gegenwart besteht bei jedem einzelnen der lebhaften Wunsch, allen denen, die ihn nahestehen, eine kleine Wohnhaufträge zu bereiten. Die Not der Zeit zwingt zu praktischen Gedanken. Das Handwerk in seinen einzelnen Gruppen vermag jedem etwas Passendes und Brauchbares zu bieten. Es ist ganz besonders in der Lage, persönlichen Geschmack und persönlichen Wünschen Rechnung zu tragen. Gute handwerkliche Arbeit schöpft aus eigener Gestaltung. Handwerkerarbeit ist keine Skulpturenware und darum von bleibendem Wert. Billige Nachwerke sind bald zum Wegwerfen reif, während Handarbeit ihre Vorzüge behält. Ihre Güte und Dauerhaftigkeit verbürgen einen guten Einkauf. Das sollten heute, wo mehr denn je mit dem Geld gerechnet werden muß, alle Kreise berücksichtigen. Nur handwerkliche Ergebnisse können unter Heim erst begehrt und heimlich machen. Handwerkerarbeit ist Wohnhauftrag ist das Richtige. Sie findet Zustimmung und dauernde Freude sachverständige Beratung und gewünschte Ausführung wird in den handwerklichen Geschäften gern gegeben.

Das Wohnhauftrag der Reichsbahn. Wer in diesem Jahre keine Wohnhaufträge mit der Sonntagsruhefahrkarte macht, kann auch die Schnellzüge an allen Tagen gegen Bezahlung des tarifmäßigen Zuschlags benutzen. Wie die Reichsbahndirektion beabsichtigt, ist für die gesamte verlängerte Geltungsdauer der Sonntagsruhefahrkarte, also vom 23. Dezember 12 Uhr bis zum 4. Januar 9 Uhr, die Benutzung von Schnellzügen zugelassen.

Die Posthalter am Weihnachtsabend. Am Donnerstag, den 24. Dezember, wird bei den Postanstalten wie in den Vorjahren der Dienst im Verkehr mit dem Postbusse eingestellt. U. a. werden die Posthalter im allgemeinen nur bis 16 Uhr offengehalten werden. Am Telegrammannahme- und Fernsprechdienst treten keine Beschränkungen ein.

Das Kornhaus Wittenberg e. G. m. b. H. hielt am 5. Dezember 1931 im Klosterhof zu Wittenberg Generalversammlung ab. Aus allen Teilen des Bezirkes waren die Mitglieder zahlreich erschienen. Die vom Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Administrator Kühn-Reinsdorf, geleitete Versammlung gab ein erfreuliches Bild von Einigkeit und von dem Willen zum Durchhalten. Der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Hauptmann von Wuthenau-Kadis, wies auf die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit des genossenschaftlichen Zusammenstufes hin und forderte die Mitglieder auf, auch in Zukunft der Genossenschaft die Treue zu halten. Den Geschäftsbericht erstattete das geschäftsführende Vorstandsmittglied, Herr Direktor Penke. Die Umsätze sind gegen das Vorjahr um rund 10.000 Zentner auf 414.700 Zentner Getreide, Futtermittel, Düngemittel und sonstige Waren gestiegen, dem Wert nach aber infolge der allgemeinen Preisentwicklung etwas zurückgegangen. Der Gesamtumsatz einschließlich der Geldebewegung betrug auf beiden Seiten des Hauptbuches RM 37.244.576,40. Nach reichlichen Abschreibungen und nach Rückstellungen für etwa nicht eingehende Forderungen verblieb ein Ueberschuß von RM 17.239,48, der in Anbetracht der unsicheren Verhältnisse einem Sicherungsfonds für Augenstände zugewiesen wurde. Die Sicherungsmittel des Unternehmens haben damit den Betrag von RM 90.801,— erreicht. Auch im neuen Geschäftsjahr sind die Umsätze unverändert geblieben und die Genossenschaft arbeitet auch weiterhin durchaus aktiv. Die vom Ausschuss statutenmäßig auscheidenden Herren wurden einstimmig genehmigt, der Uebergang des Vorstandes-Vorjahres auf Herrn Hauptmann von Wuthenau einstimmig genehmigt und ebenso wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt, nachdem Herr Oberrevisor Dietrich aus Berlin über die gesetzliche Revision berichtet und Herr Großhoff die händige Kontrolle durch den Ausschussrat geleistet hatte. Mir besonders erfreulich wurde hervorgehoben, daß die häufigen Prüfungen zu Beanstandungen oder zur Kritik Veranlassung nicht gegeben haben. Die Genossenschaft, die dem Einheitsverband nicht angehört und die deshalb auch nicht mit der Reichsbank arbeitet, hat sich dem Einheitsverband Deutscher Landwirtschaftlicher Genossenschaften e. V., Geschäftsstelle Berlin, angeschlossen, was von der Verammlung freudig begrüßt und durch einen entsprechenden Statutenänderungsbeschluß sanktioniert wurde.

Schmiedeburg. Ein Einbruch wurde in vergangener Nacht im Laden des Drechslermeisters Wilhelm Weiswig verübt. Nachdem schon einige Tage vorher 2 von auswärts kommende Männer im Alter von etwa 40 Jahren sich im genannten Geschäft durch Erkundigungen verächtlich gemacht und dabei sich ebenfalls entsprechend orientiert hatten, war ihnen die vergangene Nacht zur Ausführung ihres Vorhabens geeignet erschienen. Durch Einbrechen ihres kleinen Scheibe gelang es ihnen, die Ladentüre zu öffnen. Sie hatten sich einsteigend auf das Mitnehmen größerer Warenvorräte eingerichtet, denn auf dem Ladentisch war schon alles sehr fäulterlich aufgebaut und eine liegen gelassene große Gruppe sollte jedenfalls dazu dienen, alles zusammen zu fassen. Die Einbrecher wurden aber gefehlt, da man in der Familie Weiswig aufmerksam war, und so rafften sie in der Eile nur einen Pöcken Zigaretten und Tabak zusammen und aus der

Ladentasse nahmen sie das darin verbliebene Wechselgeld mit.

Roslau, 7. Dez. (Zusammenbruch der Sachfenberg A.-G. in Roslau.) Nach einer Bekanntmachung des hiesigen Amtsgerichts findet am 6. Februar 1932 die Zwangsversteigerung von 14 Gebäuden und Grundstücken der Firma Gebrüder Sachfenberg A.-G., Maschinenfabrik und Schiffswerk in Roslau statt. Diese Anberaumung der Zwangsversteigerung ist herbeigeführt worden durch den Antrag des Inhabers einer dringlichen Forderung, von deren Konturseröffnung die Firma offenbar überfordert worden ist. Ein Antrag auf Konturseröffnung liegt nicht vor. Die Weiterentwicklung der Dinge ist zunächst absolut unübersichtlich. Zweifellos hat zu den letzten Schritten auch die Insolvenz des Bankhauses Deichmann & Co. in Köln beigetragen, das viele Jahre hindurch die Finanzierung der Sachfenberg A.-G. befragt hat. Der zur Zwangsversteigerung stehende Besitz umfaßt die gesamten Anlagen der Firma in Roslau, bebaut und unbebaute Grundstücke, bis auf eine kleine unbebaute Fläche. Es befinden sich darunter die gesamten Werftanlagen und die Anlagen der früheren Maschinenfabrik in der Stadt nebst dem großen Verwaltungsgebäude. Dieses hatte die Firma im Jahre 1929 der Stadt Roslau zum Kauf angeboten, da die Firma schon damals sich auf die Wert zurückziehen wollte, was dann auch geschah. Der Bruttowert des Gebäudes wurde damals mit 1.250.000 RM, der Laywert mit 800.000 RM angegeben. Die Firma forderte von der Stadt als Kaufpreis 450.000 RM. Der Kauf kam aber nicht zustande, da der Gemeinderat die Ablehnung des Angebots beschloß. Die Firma Sachfenberg hat eine interessante Geschichte. Sie wurde im Jahre 1844 von den drei Brüdern Gottrich, Friedrich und Wilhelm Sachfenberg als Maschinenfabrik gegründet, der im Jahre 1866 die Wert angegliedert wurde. 1898 kam die Köln-Zeugerei Wert hinzu, und im Jahre 1918 das Sietiner Unternehmen. 1908 wurde das Unternehmen Aktiengesellschaft, und zwar bis 1917 als Familiengesellschaft. Dann fand es unter der Führung des Kölner Bankhauses Deichmann & Co. der Höhepunkt der Beschäftigung für die Jahre 1922 erreicht. Damals beschäftigte die Firma 1670 Angestellte und Arbeiter. Nach nur wenigen Jahren zählte man über 600 Köpfe. Neuerdings war die Beschäftigung auf etwa 50 Mann gesunken.

Mittellandkanal erst 1940 vollendet?

Im Rahmen eines von der Bauabteilung der Gewerbeschule in Köthen veranstalteten Vortragsabends sprach Strombranddirektor Dr. Jander über den Bau des Mittellandkanals. Seinen interessantesten Ausführungen entnehmen wir, daß der Kanal eigentlich schon 1932 fertig sein sollte. Fragen der Finanzierung hemmen jedoch den Fortgang der Arbeiten, die nunmehr kaum vor 1940 beendet sein dürften. Das Kanalensystem des Projekts erbaut aus der Laucha, daß 45 Millionen Kubimeter Erde bewegt werden müssen, von denen bisher 23 Millionen bewältigt sind. Zu bauen sind 78 Straßenbrücken, 12 Eisenbahnbrücken und 33 Dämme für Wasserdurchlässe, 37 Straßen- und 6 Eisenbahnbrücken sowie 21 Dämme sind bereits fertiggestellt. Gegenwärtig ist der Kanal vom Rhein bis zum Braunschweiger Hafen schiffbar. Seine Länge vom Rhein bis Burg beträgt 474 Kilometer. Im Jahre 1929 waren insgesamt 11.000 Perionen am Bau des Kanals beschäftigt.

Die Knappheitsangelegenheiten verlangen Beamtenrechte.

Der Verband deutscher Knappheitsbeamter in Deutschen Beamtenbund hielt in Halle seine diesjährige Hauptversammlung ab unter Teilnahme von Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und anderer Verbände. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage des Dienstrechtes der Knappheitsangestellten. Die Versammlung verlangte die in öffentlichen, verantwortungsvollen Diensten stehenden, beamtenmäßigen Sicherungen erhalten. Dies dürfte ihnen schon deshalb nicht verweigert werden, weil ihnen bisher alle Beamtenpflichten, insbesondere die Kürzung der Gehälter, auferlegt werden.

Zuletztiger Zustand der mitteldeutschen Metallindustrie.

Im Reichsarbeitsministerium haben am Dienstag Staff-Verhandlungen für die mitteldeutsche Metallindustrie stattgefunden. Da der Antrag auf Verbindlichkeitsfestsetzung der Arbeitgeberseite zurückgezogen wurde, ist damit für die mitteldeutsche Metallindustrie ein lastloser Zustand eingetreten.

Gehaltsstrafverhandlung im Versicherungsgewerbe.

Am 16. Dezember finden in Berlin auf Einladung der Arbeitgeber-Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern über eine Neuverteilung der Gehaltsätze im Reichsversicherungsamt für die Angestellten des Versicherungsgewerbes statt, der von den Unternehmern zum Zwecke des Gehaltsabbaues gekündigt worden war.

Keine Spartaflüssigkeit.

Bad Liebenwerda. Die Generalversammlung der Spar- und Darlehnskasse Liebenwerda, die sich auch mit einem Antrag auf Auflösung der Kasse zu beschäftigen hatte, beschloß, die Kasse bestehen zu lassen. Die Mitglieder sollen gebeten werden, wieder mehr Spargelder einzuzahlen, damit das Kassengeldstück belebt wird. Änderungen im Vorstand wurden nicht vorgenommen.

Die Krankenliste „Jent“.

Jent. In der Ausschreibung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Jent wurde vom Vorjahren vorgezeichnet, ab Januar 1932 eine Senkung der Kasseneinträge von 5% auf 6% Prozent eintreten zu lassen und dementsprechend die Satzungen abzuändern. Einstimmig wurden die Wahl des Rechnungsausschusses, die Änderung der Kassensatzungen und die Festsetzung des Voranschlags für 1932 angenommen.

Eine Brandstiftung?

Witterda (Landr. Erfurt). Durch die Erfurter Kriminalpolizei und Gerichtschreiber Dr. Säg aus Halle konnte die Ursache des Brandes in Witterda in der Nacht zum 9. November bei dem die Güter und Sammel-Großvertrieb von Götter, Schmalz in Asche gelegt wurden, ermittelt werden. Der Brand wurde von einem Knecht angelegt, der bereits unter dem Druck des Beweismaterials ein Geständnis abgelegt hat. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, da man mit mehreren Brandstiftern rednet.

Merseburg. Zu den Gerüchten über eine Stilllegung des geplanten Deunawerkes erfährt man von unterrichteter Seite, daß ein derartiger Antrag bei der Regierung niemals gestellt worden ist. Es sei an sich möglich, daß jederzeit, als in der Hydrieranlage noch Benzin aus Braunkohle erzeugt wurde, eine Stilllegung evtl. in kleinem Kreis erwänet worden ist. Nach der Umstellung auf die Hydrierung von Erdöl sei die Lage anders geworden. Es sei auch denkbar, daß das Werk stillgelegt werden würde, da man gegenwärtig eine großzügige Propaganda für das Deunawerk in allen Teilen des Reichs durchführt und das Ammoniakwerk Merseburg die einzige Stätte ist, wo Deunawerk hergestellt wird.

Die Tollfischen werden nicht aus.

Magdeburg. Die Magdeburger Winterhilfe weißt darauf hin, daß für die Winterhilfe täglich rund 3000 Portionen in den öffentlichen Ausgabestellen vertrieben werden. Dieser Zahl steht aber die doppelt so hohe Zahl von Anträgen auf Teilnahme an den öffentlichen Speisungen gegenüber. Demzufolge kann die Winterhilfe zur Zeit eine Verlängerung der bisher ausgetheilten Bescheidungscheine zur Teilnahme an den öffentlichen Speisungen nicht eintreten lassen, weil sonst die übrigen Antragsteller, die bisher noch nicht an den öffentlichen Speisungen haben teilnehmen können, unerschickigt bleiben müssen. Die Winterhilfe ist gewungen, einen Beschluß im Kreise der berechtigten Essensgenossen eintreten zu lassen, sie bleibt aber bemüht, weitere Schritte einzurichten, um die Zahl der täglichen Portionen zu erhöhen.

Sozialdemokratische Beschwörungen gegen NSDAP u. Polizei.

Dresden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtag mehrere Anträge eingebracht, in denen von nationalsozialistischen Terrorakten gegen Sozialdemokraten und Reichsbannerleute gesprochen und die Regierung erlucht wird, wegen dieser Vorgänge strenge Untersuchung einzuleiten. Ferner werden Maßnahmen gegen Polizeibeamte in Chemnitz verlangt, die am Totensonntag militärische Übungen der Nationalsozialisten gebildet hätten.

Verbotene Propaganda.

Dresden. Auf Antrag des Landes-Sachverständigenausschusses der Deutschen Nationalen Volkspartei hat der Dresdener Hofpräsident eine antirepublikanische kommunistische Schrift „Spanien brennt“ auf Grund der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausbreitungen verboten.

Gegen weitere Gehaltsföhrung.

Dresden. Der Verein Sächsischer Richter und Staatsanwälte hält es, wie bereits in einem Bericht mittelst für seine Pflicht, immer wieder zu betonen, daß es die Beamtenchaft verbitere, daß die jegliche Notverordnung zur Bekämpfung Unregelmäßigkeiten führt und den Glauben an das Recht in totalitärer Weise untergräbt. Wozu denn z. B. an 57 Reichstagsabgeordnete in einer Zeit, wo der Reichstag kaum einmal tätig wird, noch eine monatliche Entschädigung von je etwa 600 Mark gezahlt werden? Kann Sächsischen sich den gleichen Luxus leisten, obwohl es hier am 1. Dezember kaum möglich war, den Beamten auch nur ein Gehaltsbrill zu zahlen? Solange die Regierung nicht imstande ist, erst einmal eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten durchzusetzen, muß jede weitere Gehaltsföhrung nur zu einer Verschlechterung der Gesamtlage führen.

Zusammenfluß sächsischer Beamtenorganisationen.

Dresden. Die Gewerkschaft Sächsischer Staatsbeamten und der Bund Sächsischer Staatsbeamten werden morgen

ihre Vertretertagung in Dresden abhalten, in denen über die Auflösung der beiden Bände beschlossen werden soll. Anschließend soll die Gründung eines Sächsischen Staatsbeamtenbundes vorgenommen werden, nachdem die bisher geföhrten Verhandlungen über eine Vereinigung der beiden Organisationen zum Scheitern gebräht werden konnten.

Treffpunkt eines Gefangenen.

Dresden. In der Gefangenenanstalt an der George-Bühnstraße hat ein Gefangener seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Was den Mann in den Tod getrieben hat, ist uns nicht bekannt geworden.

Unter Staatsaufsicht.

Gelsenau. Bürgermeister Middel gab den Gemeindevorstretern bekannt, daß sich der Rat angeichts der trostlosen finanziellen Lage der Gemeinde gezwungen gesehen habe, die Staatsaufsicht zu beantragen.

Die verpöhrten Wohlfahrtsgehälter.

Dresden. Vor der Sächsischen Disziplinarkammer begann das Dienststrafverfahren gegen Ministerialrat Dr. Maier und Regierungsrat Dr. Böhme. Dem Prozeß liegen die Vorgänge beim Zusammenbruch des Seidemann-Konzerns und die daraus der Sächsischen Wohlfahrtsgehälter entstehenden Verluste zu Grunde. Die Beschäftigten bei der Maxaktion und Verwendung der Mittel der Sächsischen Wohlfahrtsgehälter nicht die nötige Sorgfalt angewandt haben. Von Anfang an habe nach den Aussagen der Angeklagten große Unklarheit über die Zuständigkeit der Sächsischen Wohlfahrtsgehälter geherrscht. Dr. Böhme mußte heute nicht mehr, ob die Gelder, die er an Seidemann gegeben habe, auch zu dem Zweck verwendet wurden, zu dem sie gegeben worden seien. Er habe von den vernehmenden Kritiken über Seidemann leider erst nach dem Zusammenbruch des Konzerns erfahren. Der Vorsitzende warf Dr. Böhme vor, sich über die Lage der Seidemann-Werte nicht genau informiert zu haben.

Hochverratsprozeß gegen kommunistische Parteifunktionäre.

Leipzig. Morgen beginnt vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts ein Hochverratsprozeß gegen vier Kommunisten aus Dresden, Bob Kaufmann und Chemnitz. Die Angeklagten sollen im Zusammenhang mit den Vorgängen in Bernburg in der Zwitau, die in der Presse als „Hafelstunde am Maschinengehöhr“ und „Kommunistische Bürgerkriegsschule ausgehoben“ viel erörtert wurden, als Parteifunktionäre Verlegungs- und militärpolitische Aktionen für den sächsischen Widerstand geplant haben. In dem umfangreichen Prozeß werden Schriften und Aktenstücke, die von den Behörden beschlagnahmt wurden, eine wichtige Rolle spielen.

Neues aus aller Welt.

Der Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte. Die Strafammer beim Landgericht Berlin hat jetzt in dem Strafverfahren, das aus Anlaß des Zusammenbruchs der Bank für deutsche Beamte e. G. m. b. H. anhängig ist, das Hauptverfahren gegen die Kaufleute Alois Weber und Walter Treumann, den Waller Egon von Buchwald, den Kunstmaler Carl Rende und den Geschäftsföhrer Paul Köpfer eröffnet. Diese sind dem umfangreichen Prozeß im Jahre 1925 bis 1929 fortgesetzt. Bilanzverschleierung und des Verstoßes gegen die Zwecke der Genossenschaft schuldig gemacht zu haben. Dem Geschäftsföhrer Köpfer wird zur Last gelegt, Weber zu diesen Verhören

Beihilfe geleistet zu haben. Den Angeklagten Treumann und von Buchwald wird fortgesetzt Betrug gegenüber der Bank, und dem Angeklagten Rende fortgesetzte Beihilfe zu diesem Betrug vorgeworfen. Die Hauptverhandlung findet auf Grund der dritten Notverordnung vor der Großen Strafammer des Landgerichts I Berlin statt, da in der Sache eine Voruntersuchung geföhrert worden ist und die Hauptverhandlung voraussichtlich mehr als sechs Sitzungstage in Anspruch nehmen wird.

Schwerer Autounfall. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich in Berlin-Zehlendorf. Durch den Zusammenstoß zweier Autos wurden zwei Personen to schwer verletzt, daß sie sofort in ein Krankenhaus geschafft werden mußten.

32 Verletzte bei einer Zugentgleisung. Ein Personenzug fuhr am Bahnhof des Fager Stadtteils S m i c h o w auf die Anprallvorrichtung auf und durchbrach sie. Der Zug entgleiste. Zwei Personen wurden schwer und 30 leicht verletzt. Das Unglück wird auf die Räfte zurückgeföhrte, die die Bremsvorrichtung unrichtig machte.

Beurteilung betrügerischer Bankiers. Die beiden Inhaber der Hollandische Credit Societaat wurden von der Strafammer des Landgerichts d a m e r Landesgerichts wegen Betruges zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Das Hollandische Credit Societaat hatte sich an ausländische, hauptsächlich französische und deutsche Firmen mit dem Angebot gewandt, für sie Kredite und Anleihen in Holland zu vermitteln, hatte jedoch nach der Einziehung großer Unkostenvorschüsse nichts mehr von sich hören lassen.

Warenmärkte.

Wittagsbörsen. (Mittags) Getreide und Devisen der 1000 Rito, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März, 217-219 (am 7. 12. 217-219), Roggen März, 194-197 (194-197), Braugerste 154-165 (156 bis 166), Futter- und Industrieernte 149-153 (151-155), Safer März, 134-142 (135-142), Weizenmehl 27,50 bis 31,75 (27,50-31,75), Roggenmehl 26,75-28,75 (26,80 bis 28,80), Weizenkleie 9,90-10,25 (9,90-10,25), Roggenkleie 10,25-10,75 (10,25-10,75), Wittravenerbren 23-30 (23-30), Meine Speiseerbsen 24-27 (24-27), Futtererbsen 17-19 (17-19), Weizenflocken 17-19 (17-19), Ackerbohnen 16,50-18 (16,50-18), Wicken 17-20 (17 bis 20), Lupinen blaue 11-12,50 (11-12,50), gelbe 13 bis 15 (13-15), Bohnenflocken 12,40-12,60 (12,40-12,60), Strodenflocken 6,10-6,20 (6,10-6,20), Sojabohnen 10,60 bis 11,20 (10,80-11,80), Kartoffelflocken 12,40-12,60 (12,20-12,50).

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 7. Dezember.

Preise für 60 Kilo Lebendgewicht in RM.

	Klasse heute	vorher	Klasse heute	vorher
Ochsen	1	37-40	—	—
	2	32-36	—	2 44-46 46-48
	3	29-31	—	3 38-43 40-45
	4	—	—	4 30-37 36-39
	5	—	—	5 —
Mäulen	1	30-32 28-30	Schafe	1 30-35
	2	27-29 25-27	2	—
	3	24-26	3	25-30
	4	21-23	4	20-24
	5	—	5	—
Rübe	1	30-32 27-30	Schweine	1 50 47-48
	2	25-29 23-26	2	47-49 45-46
	3	20-24 18-22	3	35-40 43-44
	4	14-19	4	43-44 40-42
	5	—	5	— 38-39
Fäulen	1	36-38	6	—
	2	26-35	7	40-46

16 Morgen Acker und Wiesen
in der Gemarkung Wöpp — Schloßberg — verpachtet ich geteilt oder im Ganzen am
Sonntabend, den 12. Dezember 1931, nachmittags 2 Uhr.
Sammelplatz: Schloßberg.
Strenschen.

Roggenkleie, Weizenschalen Grieskleie

Koststüchen	Kartoffelflocken	
Rapskuchen	Maischlempen	
Leinmehl	Strockschnitzel	
Sonjaschrot	Reisfüttermehl	
Erdnußmehl	Gerstenfchrot	
Baumwollsaatmehl	Mais	
Palmerkernschrot	Maischschrot	
Theta Kuhschrot	Melasse	

Hühnerfutter „Chyprin“
Fischmehl — Futterkalk — Strodenhefe
hat stets vorrätig

Kornhaus Wittenberg
e. G. m. b. H.
Niederlage Remberg

Einige Zentner
Goldparmännchen
hat noch abzugeben
Grünide, Weinbergstaße 17

Hübsche, moderne
Vasen
Vasensträuße
Kakteenblumentöpfe
Kakteenständer
Hyazinthengläser
Hyazinthenlütten
empfiehlt
Richard Arnold

Passendes
Weihnachts-Gehöhr
Eine Geige und eine Mandoline
beides alte einwandfreie Instrumente
verkauft: Max Schulze, Wauerstr. 10

Weihnachts-Dekorationspapier
empfiehlt
Richard Arnold

Zum Weihnachts-Einkauf
empfehle ich alle Artikel zur Bäckerei in besten, frischen Qualitäten zu äußerst billigen Preisen

ff. Sultaninen	Mohn
Rosinen	Ringäpfel
Mandeln	Walnüsse
Kokosraspel	Haselnüsse
Zitronat	Baumdehnung
Zitronen	Baumlichte
Palmin	Lebkuchen

Schmelz-Margarine
Gute preiswerte
— Rot- und Weissweine —
Alkoholfreie Süßmost :: Obstsekte
Feine Liköre eigener Fabrikation, Rum, Arrac, Pansch
„Asbach Uralt“ und andere „Weinbrände“
Zigarren - Zigaretten - Tabake
Kakao - Schokoladen - Konfekt - Pralinen
Obst- und Gemüse-Konserven
Frisch geröstete Kaffee's
Rudolf Kuhn :: Kemberg.

1932

Delizischer Hauskalender
Lahrer hintender Bote
Illustr. Haus- und Familientalender
eingetroffen bei
Richard Arnold, Kemberg
Leipziger Straße und Markt

Ab heute:
Herrensohlen 2,25 RM.
Damensohlen 1,75 RM.
Besohlt-Anstalt Krömer
Wittenberger Straße

Weihnachtsbäume
auch größere für Kirchen und Säle
verkauft
Ernst Reinecke
Bestellungen auf Edelkannen nehme
bis spätestens 18. Dezember
entgegen D. D.

Das neue Provinzial-
Gesangbuch
ist in allen Einbandarten wieder vorrätig
und empfiehlt zu Weihnachtsgeschenken
Richard Arnold :: Kemberg
Leipziger Straße und Markt

J. G. Glaubig, Kemberg

empfiehlt in "bester Qualität"

sämtliche Artikel zur Weihnachtsbäckerei

Für den Weihnachtstisch

Gemüse- und Früchte-Konserven
ff. gebr. Kaffee, Kakao, Tee, Schokoladen
Rum — Cognac — Liköre
Rot- und Weissweine

Konfekt in Geschenkpackungen

Konfekt, lose, sehr fein und preiswert

Zigarren in Geschenkpackungen

Zigaretten, Tabake, Halbi. Pfeifen, Shagpfeifen

Filzpantoffeln Filzschuhe Holzschuhe

Feinseifen mit und ohne Parfüm

Nivea-, Eilda-, Mousson-, Eukalot-, Kaloderma-Creme

Haarwasser — Mundwasser — Zahncremes

Stubenbesen — Handfeger

Taschenmesser — Scheren — Bestecke

Emaill- und Wirtschafts-Artikel

An den nächsten beiden Sonntagen bis 6 Uhr abends geöffnet.



Für den Weihnachtsbaum

Behang in Glas, Bisquit, Zucker, Schokolade

Christbaumkerzen

Gold-, Silber- und Kupfer-Bronzen

Lametta — Feenhaar — Wunderkerzen

Weihnachtsmänner in allen Größen

Walnüsse — Haselnüsse

Für die kalten Tage

Handschuhe, Strümpfe, Schläpfer

Unterhosen, Hemden, Kopftücher

Betttücher, Schlafdecken

Halbwolle Kleiderstoffe, Strickwolle, Schürzen

Handtücher, Wischtücher, Taschentücher

Fertige Bettbezüge in weiss u. bunt

Inletts — Bettlaken

Lodenjoppen - Windjacken - Strickwesten

Pullover - Socken - Hosenträger

Herren- und Knaben-Anzüge

Kragen - Krawatten - Selbstbinder

Cachenez in allen Preislagen

Beachten Sie bitte meine Schaufenster

J. G. Glaubig.

Brennholz-Auktion Schköna

Dienstag, den 15. Dezember, vorm. 10 Uhr kommen
im Forsthaus Barnitz aus dem Revier Thielenhaide Jag.
1, 10, 11, 18, 20 öffentlich meistbietend zum Angebot:
ca. 200 rm Laub-Brennholz I.—III. und
ca. 20 rm Kiefern- " I.—III.

Nach der Auktion freihändige Abgabe von Fichten- („Zannen“) Stangen
fämlicher Klassen
von Bodenhausensche Forstverwaltung, Schköna Bez. Halle/S.

Weihnachtsgeschenke die Freude bereiten

Neuzeitige

Radio - Apparate

erster Firmen sowie alle Ersatzteile,
wie Röhren, Antennen-Material u. s. w.

Lautsprecher

— in allen Preislagen —

Sprechapparate

in bekannten Qualitäten

Schallplatten

erster Künstler in jeder
Preislage kaufen Sie am vorteilhaftesten
in der Spezialabteilung für Musik bei

Otto Leibnitz, Uhrmacher

Kemberg, Leipzigerstrasse 35

Hafen und Kaninchen

empfiehlt
Ewald Ballmann

Schlachte ein prima

junges Rind

und verkaufe von **Sonnabend**

früh 8 Uhr ab

Fleisch Pfund 60 u. 80 Pf.

D. Hille, Anhalter Straße

Photo - Alben

in reicher Auswahl

Photographie - Rahmen

empfiehlt

Richard Arnold, Kemberg

Gänse- und Enten-

Federn

verkauft **D. Anape, Euxsch**

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist

Vollst. schmerzlinderndes

Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber

und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher

Zähne in Kunstschmelz, Gold u.

unechten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten

und Stützähne.

Reparaturen werden schnell-

stens ausgeführt.

Spielkarten

empfiehlt **Richard Arnold**

Eine Mütze

in der letzten landwirtschaftlichen

Verammlung **verkauft**. Bitte

einzutauschen bei

Otto Schütze, Leipziger Neumarkt

M.-T.-V.

Morgen Donnerstag den

10. Dezemb., abends 7/9 Uhr

im Ratsteller

Bersammlung

Zahlreiches Erscheinen erwünscht

Der Vorstand.

Hübsche Geschenkartikel

in

Glas, Porzellan u.

Bleikristall

Wein-, Bier-, Tee- und Likörgläser

Tafelaufsätze, Bowlen

Wein-, Bier- und Likörservice, Tablett

Goldrand-Geschirr

Tafel-, Kaffee- und Sahne-Service

Kuchenteller, Obstschalen, Konfektkörbchen

Sammel-Tassen

Eierbecher, Butter- u. Käseglocken

Küchengerätnisse, Waschservice

Haus- u. Wirtschafts-Artikel

empfiehlt in reicher Auswahl zu billigen Preisen

Rich. Arnold :: Kemberg

Gegen Husten und Heiserkeit

Brust- und Malzbonbons, Malzextrakt, Eucalyptus-Menthol-Bonbons,
Salinatropfen, Brusttee, Duftentropfen, Feramint, Bybert, Pfeila-
Laktigen, Johanniskraut, Gurgelmittel, sowie **fämli. Seifenblätter**
gegen Rheuma, Gelenkschmerz, Gicht, Ischias, Gallen-, Nieren- und Nierentee,
Wachholberaft, Knoblauchsaft.

Markt-Drogerie P. Jennis



Weihnachts- bäume

vom kleinsten bis zum größten

schön gewachsen

verkauft billig

D. Quinque, Kreuzstr. 15



Die größte Freude bereiten zum Weihnachts-
fest stets **selbstangefertigte** hübsche

Handarbeiten

Vorgezeichnete und angefangene Handarbeiten
jeder Art, sowie sämtliche Handarbeits-
und Stickereimaterialien, Handarbeits-
wollen und -Seiden erhalten Sie zu billigen
Preisen und in gutsortierter, Auswahl bei

R. Arnold, Kemberg, Markt 3



Sie finden bei uns die größte Auswahl
in Spielwaren. Als besonders preis-
wert empfehlen wir Ihnen:

Holzbaus Kästen 1.-, 0.75, 0.55, **0.35**

Puppen Zell. 1.60, 1.10, 0.70, **0.55**

Bildersbaus Kästen 1.10, 0.85, **0.55**

Kochherde . . . 3.25, 1.80, 1.-, **0.65**

Stofftiere 26 cm hoch . . . **0.95**

Eisenbahn m. Uhr. u. Schienen **1.25**

A. Strensch Nchf.
Wittenberg

Die Reichspost in der Krise.

Wegit schon in normalen Zeiten der Postverkehr gegen Ende des Jahres nachzulassen, so hat die anhaltende Konjunkturschwäche in diesem Jahre zu Rückgängen im Nachrichten- und Paketverkehr, aber auch im Postzahlungsverkehr geführt, die weit über das übliche Maß hinausgehen. Am Postzahlungsverkehr ist infolge der neuerlichen Kreditkrisen die Zunahme mehr als ausgeglichen worden. Am Briefverkehr hat sich die konjunkturelle Abnahme verlangsamt, im September wurde sie sogar von einer bedeutenden Zunahme abgelöst. Dagegen hat sich die Aufschwüngenstendenz im Fernpostverkehr von Monat zu Monat verschärft. Wenn dabei der Rückgang im Briefverkehr größer war als im Paketverkehr, so beruht das einmal darauf, daß der Geschäftsverkehr am Briefverkehr stärker beteiligt ist, und daß der strukturelle Aufschwung der Ortsgespräche im Verhältnis zum Fernpostverkehr stärker entgegenkommt. Wenn im Fernpostverkehr die von Sommeranfangs bereinigten Betriebszahlen stärker zum Ausdruck sind als im Briefverkehr, so ist das vor allem auf die von einander abweichenden strukturellen Tendenzen der beiden Betriebszweige zurückzuführen. Im Gegensatz zum Fernpostverkehr hat sich jedoch der Rückgang in der Zahl der aufgegebenen Telegramme von Monat zu Monat verlangsamt. Die Zahl der aus dem Ausland eingegangenen Telegramme nahm im September etwas ab, während die Zahl der Telegramme nach dem Ausland, die zum Teil mit den Postzifferstellungen der Industrie zusammenhängt, sehr stark zurückgegangen ist.

Auch der Paketverkehr ist mit der Verschlechterung der Geschäftslage konjunkturell stark zurückgegangen, und zwar besonders im August. Wenn sich der Rückgang im September gegenüber den beiden Vormonaten wesentlich verlangsamt hat, so mag das darauf zurückzuführen sein, daß sich im Zusammenhang mit den Abrechnungen von Sperranlagen das Geschäft in gewissen Teilen der Verbrauchsgüterwirtschaft neuerdings wieder etwas gehoben hat. Im Auslandspaketverkehr, besonders im Eingang aus dem Ausland, war der Rückgang bedeutend stärker als im Inlandsverkehr. Im Postzahlungsverkehr, der von der Kreditkrise besonders stark berührt wird, gingen die Umsätze im Juli mit der Einschränkung des gesamten Zahlungsverkehrs merklich zurück. Dieser Rückgang wurde jedoch im August nach der vollen Wiederaufnahme der Zahlungen ausgeglichen. Am September hielt sich der Postumsatz konjunkturell noch auf der Höhe des Augusts, während der Gesamtwert der Bareinzahlungen wieder abnahm. Auch die Stützlast der Bareinzahlungen nahm konjunkturell im Juli und August zu und ging im September weit weniger zurück als der Wert der Bareinzahlungen, der Durchschnittsbetrag ist also noch unter dem Einfluß rückläufiger Preisstrebungen weiter gesunken. Der besondere konjunkturell empfindliche Postauftragverkehr der Zahlungen aus dem Ausland zu sein, je unsicherer die Kreditverhältnisse sind, umso mehr desto mehr erreicht er stets in Zeiten einer akuten Krise. Im Juli und August hat er daher konjunkturell stark zugenommen. Besonders deutlich kommt die geschäftliche Illiquidität in dem Anteil der durchgeführten Wechselproteste an den eingegangenen Wechselaufträgen zum Ausdruck. Die Wechselaufträge werden vom Umfang des Wechselumsatzes bestimmt. Die Wechselproteste dagegen sind ein Ausdruck der Illiquidität und ihre Steigerung deshalb ein besonderes klares Symptom der Kreditkrise.

So zeigt sich, daß der Geschäftsverkehr der Reichspost zweifellos in gewissem Umfang der Gesamtwirtschaftsbedingungen des Wirtschaftslebens folgt. Auf der anderen Seite muß man aber immer wieder daran erinnern, daß die Tarifgebahrung der Post sich bisher vollständig passiv gegenüber den Forderungen des Wirtschaftslebens verhält. Im Interesse ihrer eigenen Finanzen sollte die Reichspost eine Anpassung gewisser Gebühren an die Geschäftslage vornehmen. Denn wenn heute zu viel über die Handelsspanne geredet wird, dann ist eine entsprechende Gewinnspanne des Bundesverkehrs vorhanden ist, sondern daß die Handelsspannen übermäßig hoch sind. Die Post leistet sich gegenüber der allgemeinen Preissteigerung eine Ausnahmehaltung, die geradezu grotesk wirkt: Seit dem die Preise von 1913 gleich 100, so ist das

Postporto im Fernverkehr auf 100, im Ortsverkehr auf 100, das Postporto ebenfalls auf 100, im Ortsverkehr sogar auf 170 und die Telegrammgebühr auf 200 belaufen. Bei der vollständigen Veränderung der Gesprächsgebühren im Fernpostverkehr durch den Übergang von der Bauzsur Gesprächsgebühr, läßt sich eine genaue Messung der Verteuerung nicht feststellen, nach Einzelberechnungen ergibt sich aber für den Handelsverkehr eine Erhöhung auf 300 bis 400. Der Index des Paketpostens liegt demgegenüber auf 150 bis 160, eine Verteuerung, die besonders die Speise der Einzelhandelsgeschäfte trifft. Verschärft wird die Verteuerung durch die starke Erhöhung der Gebühren, der Wertversicherung und für den Gutsverkehr sowie für eingehende Briefe. Auch das Porto für Druckfachen, Geschäftsbriefe und für Warenproben hat eine erhebliche Erhöhung erfahren, und im Durchschnitt dürfte der Index aller Postgebühren (gegenüber 100 in 1913) gegenwärtig 180 betragen. Dabei liegt die Post wirtschaftlich außerordentlich günstig da, denn selbst wenn sie etwa 80 Millionen jährlich an die Reichsbahn zahlt, während früher die Bahn unentgeltlich benutzt wurde, um wenn sie rund 115 Millionen RM an die Reichsbahn zahlt, was dem die ganze Postvermögen übernehmen hat, sind das nur etwa 9 Prozent ihrer Einnahmen. Dafür trägt das Reich die gesamten Rentenlasten, und die Reichspost ist von der Vermögenssteuer, der Körperschafts-, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer usw. befreit. Wenn man also heute der Privatwirtschaft eine starke Senkung ihrer Preise zumutet, so wird man von der Post, die infolge der Geschäftslagen, Lohn- und Preissteigerungen eine Entlastung ihres Ausgabeansatzes von über 100 Millionen erfahren hat, ein Gleiches wohl erwarten dürfen.

Kanzler-Rede im Rundfunk.

Appell an die Baseler Konferenz. — Das Ausmaß der Tragweite.

Nach der Bekanntgabe der Grundzüge der Notverordnung sprach Reichskanzler Dr. Brüning im Rundfunk über die neue Notverordnung und wies darauf hin, daß die Maßnahmen der Regierung bedingt seien durch die kritische Lage der Wirtschaft und des Kapitalmarktes der Welt sowie durch die unerträglichen Lasten, die dem deutschen Volk im letzten Jahrzehnt auferlegt worden sind. Tag für Tag schreite die Zerrüttung der Weltwirtschaft fort. Ein Wirtschaftskrieg von ungeheurer Ausmaße sei entbrannt, der die Wohlstand der ganzen Welt zu untergraben drohe. Sollten diese Gefahren abzuwenden werden, dann würden die Entscheidungen der Regierungen der Welt nicht hinter dieser Erkenntnis zurückbleiben. Durch Festhalten an formalen Rechtsauffassungen könne die Lage der Welt niemals gemindert werden. Unter Hinweis auf die Beratungen in Basel fuhr der Kanzler dann fort:

Großzügige Lösungen

müssen gefunden werden, deren Wirklichkeit nicht mehr durch überholte Konstitutionen und Gedankenengstigkeit der Vergangenheit behindert ist. Wolle man abermals bei Teilösungen stehenbleiben, die an der zentralen Weltlage vorbeigehen, so würde ich schnell erkennen, daß sie nicht nur für die einzelnen Völker unzureichend, sondern auch für die Welt unheilvoll sind.

„Ich richte noch einmal den dringendsten Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen daß die oft und von allen Seiten verkündeten Grundzüge verständnisvoller und solidarischer Zusammenarbeit jetzt endlich in letzter Stunde in die Tat umgesetzt werden. Die nächsten Wochen werden von entscheidender Bedeutung sein. Heute ist die Wirtschaft enger miteinander verbunden denn je. Jede Erschütterung in einem Lande hat tiefere Rückwirkungen auf die anderen Länder. Deutschland ist das Zentrum des gesamten Sturm, der die Weltwirtschaft erschüttert. Vor der Gesundung Deutschlands, von den Maßnahmen der Reichsregierung und von der verständnisvollen Mitarbeit der übrigen Völker hängt es ab, ob die furchtbare Krise der Weltwirtschaft beschränkt werden kann.“

Eingehend erläuterte der Kanzler dann die einzelnen Bestimmungen der neuen Notverordnung. Besonders wurde auch noch die Mitteilung, daß die Länder zumächst der einzelnen Gemeinden im Bedarfsfalle eine Erhöhung der Realsteuer zu gestatten haben über die Verbilligung der Eisenbahnfahrpreise äußert

lich der Kanzler dahin, daß die Währungsrate im Ausmaße von 5 bis 25 Prozent ab 16. Dezember ermäßigt werden. Der finanzielle Endeffekt dieser Tragweiteverfügung wird auf 300 Millionen RM beziffert. Von Bedeutung ist ferner die bevorstehende

Einführung einer Ausgleichsteuer für die Einfuhr von Waren.

Am letzten Teil seiner Rede lehrte sich der Kanzler nach mit der innenpolitischen Entwicklung auseinander.

Auftakt in Basel.

Ein Italiener Präsident des Sonderausschusses.

Basel, 8. Dezember. Die Verhandlungen des beratenden Ausschusses der WZ wurden Montagmittag mit zwelftündiger Verspätung eröffnet.

Zunächst wurden der Italiener Professor Beneduce gewählt, der feinerzeit schon an den Beratungen des Magni-Ausschusses teilgenommen hatte. Der amerikanische Vertreter Stewart, der ursprünglich für den Posten vorgeschlagen war, hatte wegen des französischen Widerstandes gegen seine Person auf die Kandidatur verzichtet.

Der siebenköpfige Ausschuss

legt sich zusammen aus: Melchior-Deutschland, Rist-Frankreich, Langton-England, Franconi-Belgien, Beneduce-Italien, Mohara-Japan, Stewart-Amerika.

Urtage und Zweck der Einberufung

dieses Ausschusses sind in dem Antrag der deutschen Regierung vom 19. November eingehend dargelegt worden. Es handelt sich hier um Fragen, die die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu untergraben und festzustellen. Die deutsche Regierung hat damals die für ihren Antrag erforderliche Erklärung abgegeben, sie sei in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen, daß die Währung und die Wirtschaftslage Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausfiehenden Teils der Jahresabgabe ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten.

Die deutsche Regierung brachte damals weiterhin zum Ausdruck, daß eine solche Erklärung der jetzigen Notlage insofern nicht gerecht werde, als bei der Aufstellung des neuen Plans die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise abgelenkt von Grund auf geändert worden ist.

Wie lange die Verhandlungen dauern werden, steht bisher noch nicht fest, und es ist noch fraglich, ob sie bereits vor Weihnachten abgeschlossen werden können. Der Ausschuss wird auf Grund seiner Untersuchungen einen Bericht ausarbeiten, der einer später zusammenzutretenden Regierungskonferenz unterbreitet werden soll.

Frankeichs Stellungnahme.

... und was es von Basel erwartet.

Paris, 9. Dezember.

Die französische Regierung hat den beteiligten Regierungen, und zwar zur Tagung des Sonderausschusses der WZ, ihre Ansicht über die Reparationsfrage mitgeteilt. Sie ist der Auffassung, daß irgendeine Verringerung der im Youngplan festgelegten Grundzüge nur bei gleichzeitiger Herabsetzung der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden möglich ist, von der Deutschland Nutzen haben würde.

Frankeich nimmt die deutsche Forderung an, die Lage im Reich im Rahmen des Youngplans zu unterfragen, da, nachdem Deutschland im Haag den Bedingungen des Youngplans zugestimmt hat, keine Forderung auf Einberufung des Ausschusses den ordnungsmäßigen Schritt eines Schuldners darstelle, der keine Verpflichtungen zu erfüllen wünscht.

Da die Weltkrise die deutsche Zahlungsunfähigkeit zum Teil erheblich erweisen läßt, erkennt Frankreich die Notwendigkeit an, dem Reich zu Hilfe zu kommen, und wird dem Geiste des kürzlich in Washington veröffentlichten Communiqués entsprechen.

wenigstens keine gesellschaftlichen Rücksichten von mir und läßt mich in Ruhe. Darum zog ich auch in den unbewohnten Lünen Flügel des Schloßes.“

„In den ich nur als Störenfried eindringen mußte,“ warf sie ein.

„Sie, als Störenfried?“

„Nun ja, ich soll ja, wie Mameli sagt, gerade über Ihren Zimmer wachen. Haben Sie noch nichts davon gemerkt?“

„Doch, ich merkte es — ein leises Geräusch manchmal — die alten Mauern lassen so wenig Schlaf durch.“

„So — meinen Sie?“ Ein fast glattes Hädel spielte um seine Augen. „Wissen Sie auch, daß ich zuweilen darauf wartete, ob nicht endlich einmal ein Schritt über mir laut werden würde? Und wenn ich dann endlich etwas vernahm, so leise, jaghaft, dann fragte ich mich, ob dieser Schritt wirklich der erzwungenen, mutigen, jungen Dame, die mir auf dem Wege begegnet war, angehören könne.“

„Sie lächelte. „Ich wollte Sie nicht töten, deshalb ging ich stets leise.“

„Sie sind sehr rücksichtslos — aber — wußten Sie denn, daß Sie über mir wachen?“

„Neben dem Herrn des Schloßes — ja.“

„Aber amfangs haben Sie sich doch ein wenig gefürchtet und gezögert, so allein mit dem Verräter in einem einsamen Flügel des Schloßes zu hauen?“

„Bleibst du?“ gab sie eben so nedend zurück.

„Bitte ich Sie, keine Stillsicht mehr auf mich — aber viel mehr, ja, nehmen Sie Rücksicht — lassen Sie mich hin und wieder Ihre Schritte hören. Sie wissen nicht, wie wohl dem Einmalen ein solches Zeichen des Lebens tut. Und dann habe ich noch eine Bitte: Ich habe mich Ihnen vorgestellt und den damaligen Bauer — auch so eine ockerfarbene Marotte von mir, um unbeschäftigt zu bleiben — rekonstruiert. Darf ich nun um Ihren werten Namen bitten? Ich weiß bisher nur, daß Sie die Geschichte meines kleinen Schwärmers sind.“ (Fortsetzung folgt.)

JLSE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchert

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Ihre Gedanken wurden hier plötzlich abgebrochen. Der Mann am Fenster reigte sich, hand auf und kam mit dem Buche in der Hand geradeswegs auf sie zu. Augenblicklich hatte er von der Anwesenheit eines anderen in diesem Saale keine Ahnung, denn er trat unwillkürlich einige Schritte zurück, als ihm Jlle plötzlich gegenüberstand.

„Sie haben wohl nicht erwartet, mich hier wiederzusehen, nicht?“ fragte er, nahm seine Brille ab und ließ seine Blicke auf sie ruhen.

„Das habe ich allerdings nicht,“ gab Jlle zur Antwort, unter dem Bild dieser klaren, grauen Augen erlösend.

„Und nun wundern Sie sich,“ fuhr er fort, „wie der Mensch, der Bauer, dem es verdammt war, Ihnen den richtigen Weg zu zeigen, hierher, in den Bibliotheksaal von Dorothea kommt?“

Sie lächelte etwas verlegen und verwirrt; sie wußte in der Tat nicht, wie sie sich das zusammenreimen sollte. Sekundenlang weidete sich der Mann an dieser bedenklichen Schwermut, dann fragte er plötzlich:

„Haben Sie schon von — dem verräterischen Grafen gehört?“ Doch, warum fragte ich Natürlich hat man Ihnen davon erzählt — ich lese Ihnen die Antwort von den Augen ab — nun, erzählend Sie nicht — der verräterische Graf — steht vor Ihnen.“

„Nicht blide Jlle in der Tat ganz entsetzt und erschrocken aus. Wolte er sich einen Scherz mit ihr erlauben?“

„Sie glauben es mir wohl nicht?“ fragte er weiter, ihre zweifelnde, ungläubige Miene gewährend. „O, was ist der Stachel der Verleumdung schon fest, daß Sie an

neinen Worten zweifeln, nur — weil ich Ihrem klaren Urteil nicht als verräter erlösend.“

„Sie hätte ihren ersten Scherz überwinden. Sie wußten seinen Blick nicht aus, aber ihre Wangen waren in Verglut getaucht.“

„Verzeihen Sie, Herr Graf, — ich war allerdings überausicht und auf eine solche Erklärung nicht vorbereitet.“

„Und nun wären Sie froh, sobald wie möglich der Gesellschaft des — Verräteren entziehen zu können? Gehen Sie es mir ein, das Gift der Verleumdung wirkt auch in Ihnen!“

„Ahn, nein, gewiß nicht!“ rief sie mit einer Wärme, die ihr sonst fremd war. „Ich lasse mich nicht beeinflussen, ich sehe selbst und urteile danach.“

„Darf ich dieses Urteil wissen?“

„Sie schloß unter ihrem Bild einen Augenblick die Augen, dann schlug sie sie voll wieder auf.“

„Ja, gern, Herr Graf, — ich finde keinen Anhalt zu dieser Verleumdung — im Gegenteil, sie ist mir unbegreiflich und rätselhaft.“

„Graf Zimmer hielt ihr die Hand hin, in die sie ohne Zögern eintauchte.“

„Vieles im Leben ist rätselhaft und unbegreiflich und dennoch finden wir oft einen Schlüssel, der uns die Lösung erschließt.“

„Nun, Sie, die Sie sind, langam Ihre Hand aus der seinen gilden lassend. „Sehen Sie, ich bin ein Entzieder, der sich mit seinen Wägern in die Einzelheit vergräbt, den Menschen aber auszuscheiden aus dem Leben möchte. Ich meine Gedanken und Probleme — treuen. Da kommt man dann auf allerhand Mutmaßungen und wenn man diese — an kompetenter Stelle — bestätigen findet — ist eben der verräterische Mann fertig.“

Unwillkürlich fiel Jlle bei diesen Worten die Grafin ein, die ihren Sichelbogen gegenüber schon oft unzureichend ungeschicklich genannt hatte. Ob der Graf die Sichelmutter mit des „kompetenten Stelle“ gemeint hatte?

Es prüfte die Notwendigkeit, das gegenwärtige Moratorium im Geiste von Zugeständnissen an die deutsche Lage zu verlängern;

Frankreich besteht jedoch auf der Auslieferung der Reparationszahlungen, da kein Beweis dafür gegeben ist, daß Deutschland ständig in einem Arbeitsunfähigkeit verfallen wird.

Am Schluß darauf, daß die Finanzengpässe des Reichs nicht geeignet sind, um eine andauernde Kräftigung vorzunehmen, kann sich die gegenwärtige Unterlegung nur mit einer vorübergehenden Lage befähigen und durch nur einstweilige Maßnahmen Abhilfe schaffen. Erst in einer späteren internationalen Konferenz wird man dann die Zahlungsfähigkeit zu prüfen haben.

Die französische Regierung lehnt es ab, die Priorität der kurzfristigen Schulden anzuerkennen, bemerkt aber, daß die Frage in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Debatte steht, denn Reparationen und Brückenschulden sind nur Elemente des Fundamentaltrostens der Zahlungsfähigkeit und der Lösung vor den Verbindlichkeiten.

Schließlich betont die französische Regierung die Notwendigkeit, daß der Beratende Sonderauschuß für die Durchführung der ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitalien eintritt.

Ein Expose Dr. Melchior.

In der Sitzung erstattete der deutsche Vertreter Dr. Melchior ein Exposé über die allgemeine Wirtschaftssituation und Finanzlage Deutschlands unter Berücksichtigung der neuesten Zahlungsbilanz. An die Ausführungen des deutschen Vertreters schlossen sich Fragen einzelner Mitglieder des Ausschusses an.

Den Beratungen liegt das von der deutschen Delegation dem Ausschuss überreichte Material über die Entwicklung der deutschen Wirtschaftssituation und Finanzlage zu Grunde. Die Verhandlungen dieses sich weitgehend im großen Ganzen so abspielten, daß der deutsche Delegierte die schriftliche Unterlage erörterte und nötigen Anstöße auf einzelne Fragen der Mitglieder des Ausschusses erteilte.

Der Ausschuß hat ein Preiskomitee eingesetzt, dem Dr. Melchior (Deutschland), Layton (England) und Professor Riff (Frankreich) angehören.

Die Rückzahlung der Kurzkredite.

Melchior's Erklärungen in Basel.

Basel, 9. Dezember.

Im Beratenden Ausschuss in Basel erklärte der deutsche Vertreter Dr. Melchior, daß die Beträge der kurzfristigen Kredite, wie sie sich aus den letzten statistischen Erhebungen ergaben, erheblich höher seien als diejenigen, die sich in dem Bericht des Wäglin-Ausschusses befinden.

Der Arbeitsabstand der deutschen Handelsbilanz habe im ersten halben Jahr durchschnittlich 350 Millionen RM betragen. Trotz dieses günstigen Saldo habe sich die Deckung der Reichsbank weiterhin verschlechtert. Die Reichsbank schätze, daß Deutschland in den letzten sechs Monaten ungefähr eine Milliarde kurzfristige Kredite zurückgezahlt habe.

Ferner gab Dr. Melchior die Erklärung ab, daß die deutsche Regierung den Ministerdirektor Graf Schwerin von Krosigk erkannt habe, um dem Ausschuss alle technischen Erklärungen bezüglich des Reichsbankhaushalts zu geben. Der Sonderauschuß hat einen technischen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der sofort zusammentritt und das von deutscher Seite antwortende statistische Material prüfen und mit den Jiffen, die von anderer Seite beigebracht worden sind, vergleichen soll.

Hoovers Jahresbotschaft

Die Hilfe gegen Deutschlands Zusammenbruch.

Washington, 9. Dezember.

Die mit großer Spannung bei Gründung des amerikanischen Kongresses erwartete Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover wurde in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern des Kongresses vorgelesen. Zur die Außenpolitik geht Hoover in dieser Botschaft nur kurz ein, da sie am Donnerstag einer Sonderbotschaft anlässlich der Beratung der Währungsfragen eingehend behandelt werden soll. Ueber die Krise in Mitteleuropa heißt es in der Botschaft:

Deutschlands Wirtschaftskrise.

„Die Wirtschaftskrise in Deutschland und in Mittel-

europa nahm im letzten Juni Ausmaße allgemeiner Panik an, die erkennen ließen, daß diese Völker ohne fremde Hilfe zusammenbrechen mußten. Die Furcht vor solchem Zusammenbruch hatte unsere Produzenten und Wertpapiermärkte in Verwirrung gebracht und auch andere Völker bedroht, was wiederum neue Gefahren für uns heraufbeschwor. Von größter Bedeutung war daher die Notwendigkeit unserer Mitarbeit, um das deutsche Volk vor der unmittelbar bevorstehenden Katastrophe zu schützen und seinen wichtigen Anteil am Fortschritt und an der Stabilität der Welt zu bewahren. Aus diesen Grunde sind von Amerika das Schuldenfestgesetz und das Stillhalteabkommen in die Wege geleitet worden.“

Amerika hilft sich selbst.

Hoover glaubt, daß Amerika seine Erholung unabhängig von der übrigen Welt bewerkstelligen könne, wenn es ihm gelinge, durch Wiederherstellung des Vertrauens den abgelaufenen Kreditstrom wieder ins Fließen zu bringen und die Lage der amerikanischen Eisenbahnen zu verbessern. Die Regierung sei bestrebt gewesen, durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Beschränkung der Einwohnerzahl die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Keine Erwerbslosenfürsorge.

Sie lehne es aber ab, eine mittelbare oder unmittelbare Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, denn „der Zusammenbruch und die vermehrte Arbeitslosigkeit in Europa ist teilweise durch solche Maßnahmen verschuldet worden.“

Besserungsvorschläge.

Auch eine allgemeine Abänderung des Zolltarifes lehnt Hoover ab, da die vorhandenen Möglichkeiten zur Erhöhung gewisser Zölle ausreichten seien. Dagegen schlägt er zur Wiederbelebung der Wirtschaft drakonische Erteilungen an den Staatsausgaben, eine vorübergehende Steuererhöhung und eine weitere Verringerung der Regierung an den Bundeslandbanken zur Beschaffung billiger Agrarkredite vor, weiter die Gründung von Baukreditbanken zur Förderung der Heimbauwirtschaft.

Schaffung einer „Wiederaufbaugesellschaft“, die den notleidenden, aber innerlich gesunden Industrien, Eisenbahnen, Finanzinstituten und landwirtschaftlichen Kreditanstalten gegen langfristige Sicherheiten vorübergehend Vorschüsse leisten soll.

Ferner schlägt Hoover eine Erweiterung der bei den Federalreservebanken distanzfähigen Papiere vor, dazu eine Bantgelehrsform, eine Hilfsaktion für die Eisenbahnen, denen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch geeignete Zusammenstellungen ihre Betriebskosten herabzusetzen, und eine Lockerung der Antitrustgesetzgebung, insbesondere zu Gunsten der Kohlen-, Petroleum- und Holzindustrien.

Die Verwallung soll vereinfacht und die Einmündungsbeschränkung gelockert werden.

Die Volkspartei schließt mit der Hoffnung, daß unter jegliches Wirtschaftssystem auch die gegenwärtige Krise übersehen werde.

Gemeinderatswahlen in Württemberg

Das Stuttgarter Endergebnis.

Stuttgart, 7. Dezember.

Unter sehr großer Beteiligung fanden in Württemberg Gemeinderatswahlen statt, bei denen die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder neu gewählt werden mußte.

Unter äußerst reger Beteiligung, die im Durchschnitt beinahe 80 Prozent betrug, hatten die Nationalsozialisten wiederum einen Stimmenzuwachs von 100 Prozent zu verzeichnen. Die Sozialdemokraten bildeten etwa 20 Prozent der Stimmen ein, auch die kommunistische Partei hat an der Stimmenzahl verloren. Die hitleristischen Parteien, von denen die Deutsche Volkspartei, die Volkrechtspartei, die Nationale Volksgemeinschaft und die Demokraten die sogenannte Bürgerliche Einheitsliste bildeten, haben seit der Reichstagswahl 1930 nur 28 000 Stimmen verloren, während die Deutschnationalen einen kleinen Zuwachs und das Zentrum einen kleinen Verlust zu verzeichnen haben.

Diese Zahlen beziehen sich aber lediglich auf das Endergebnis der Wahlen in Stuttgart, da aus dem Lande selbst Endergebnisse noch nicht vorliegen. Die Zählung der Stimmen wird in Württemberg dadurch besonders erleichtert, daß das württembergische Gemeinderatsmitglied das sogenannte „Ranadhieren“ gestattet, d. h. die Stichwahl und Zurechnung von Stimmen auf dem Stimmzettel, während bei

den sonst üblichen Wahlsystemen in Deutschland in der Regel nur die Stimmzettel gültig sind.

Die Wahl in Stuttgart.

Partei	Stimmen	wahl 1930	Wandert
Kommunistische Opposition	4037	—	—
Christlich-Sozialer Volksdienst	9075	12 351	1
Sozialdemokraten	46 810	60 198	7
Zentrum	18 186	19 615	3
Deutschnationale	19 255	18 394	3
Zwischenliste	4760	—	—
Bürgerliche Einheitsliste	23 104	51 897	3
Nationalsozialisten	44 599	22 587	7
Kommunisten	37 803	38 414	6

Kommunisten fordern Reichstagsüberlegung.

Basel, 9. Dezember. Die kommunistischen Mitglieder des Reichsausschusses haben einen neuen Antrag auf Einberufung des Reichstages gestellt, und zwar für Freitag, den 11. Dezember. Die Einberufung des Reichstagsplenums wird für Dienstag, den 15. Dezember, verlangt. Als Tagesordnung werden Anträge auf Aufhebung der neuen Notverordnung vorgelegt, in Verbindung damit eine Finanz- und wirtschaftspolitische Aussprache sowie erneut eine außenpolitische Aussprache und eine Erklärung des Reichsinnenministers zu den beschlossenen Dokumenten.

Keine neutrale Zone.

Fruchtlose Diskussionen in Paris.

Paris, 9. Dezember.

In Paris ist man sich noch nicht darüber einig, ob man einen größeren oder kleineren Ausschuß in die Mandchurie entsenden soll, dagegen ist die Beteiligung Deutschlands an dem Ausschuss im Prinzip dadurch geklärt, daß China und Japan ihr Einverständnis mit der Bildung eines deutschen Vertreters ausgesprochen haben.

Japan möchte die Bezeugnisse des Ausschusses dahin einschärfen, daß es keine Einträge in einem Schlußbericht zusammenfasse.

In Völkerverbundstreifen verteidigt man demgegenüber die Auffassung, daß der Ausschuss auch das Recht haben müsse, scheinende aktuelle Meldungen an den Völkerverbund zu geben.

Die Lage in der Mandchurie selbst wollte ein lebhaft erörterter Vorschlag dadurch praktisch entspannen, daß zwischen die Chinesen und die Japaner eine neutrale Zone gelegt werden sollte.

Die Stellung des Volontärs im Arbeitsrecht.

Das Reichsarbeitsgericht hat sich (RMG 699/30) mit der Frage der rechtlichen Stellung des Volontärs beschäftigt und dazu ausgeführt, das Volontärverhältnis unterliege sich dem Gehilfenverhältnis im Wesentlichen dadurch, daß bei ihm die Absicht einer geregelten Fortbildung für den Beruf eines Angehörigen oder gewerblichen Arbeiters zum Zwecke seiner Ausübung fehle. Es komme also für den Volontär mehr darauf an, sich in einem Betriebe zum Zwecke der Erweiterung seiner Kenntnisse zu betätigen, als darauf, die Fertigkeiten und Kenntnisse eines Gehilfen oder Sacharbeiters erst anzueignen. Sodann aber sei für das Volontärverhältnis die Unentgeltlichkeit von Bedeutung. Gerade dadurch, daß der Volontär sich in einem Betriebe zur Aneignung von Kenntnissen oder zu der Vervollkommnung ohne einen Anspruch auf Vergütung betätigt, ein Arbeitsentgelt also nicht verlangen kann, und der Zweck des Vertragsverhältnisses nur die Aneignung von Kenntnissen und Erfahrungen sei, mit deren Erfüllung das Abkommen zu Ende ist, unterliege sich die Stellung des Volontärs nicht nur der des Beschäftigten, sondern auch von der des Angehörigen oder Arbeiters. Der Volontär sei in der Regel nicht gewillt, später einen gewerblichen Beruf auszuüben, bei dem die Ausbildung als Lehrling und die Tätigkeit im Beruf die Fähigkeit zum Vollarbeiter bedingt. Es bedürfe vielmehr ganz besonderer Umstände zu der Annahme, daß ein Lehrling willens ist, seine Lehre nicht zu beenden, sondern ein Volontärverhältnis einzugehen, um sich in seinem Wissen und Können zu vervollkommen und seinen Geschäftstretz zu erweitern. Für die Frage, ob ein Volontärverhältnis oder ein Arbeiterverhältnis im Sinne des Tarifvertrages vorliegt, komme es nicht in Betracht auf die gebrauchten Ausdrücke an, sondern es sei maßgebend, wie sich das Rechtsverhältnis in Wirklichkeit darstellt. Der Tatsache, daß das Verhältnis nicht als Volontärverhältnis bezeichnet und auch die Unentgeltlichkeit nicht vereinbart wurde, sei z. B. eine erhebliche Bedeutung beizumessen.

JLSE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchardt

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sie Römer,“ sagte sie mit einer letzten Verbeugung.

„Sie Römer,“ wiederholte er langsam. „Wie diese beiden Namen auf Sie passen! Sie so schön weiblich und weich und Römer so stolz und machend an Macht und Größe. Römer — Römer — der Name ist mir bekannt, sehr bekannt sogar — wo hörte ich ihn doch schon?“

„Er lebte sich naderhand an die Stirn. — „Halt, ich hab's. Es mögen wohl vierzig Jahre her sein — ich war damals ein zwanzigjähriger junger Burlesk und studierte einige Semester in Berlin. Ich hörte Vorlesungen über die Kunst der Griechen bei Professor Römer, meinem verehrten, hochgeschätzten Lehrmeister.“

„Das war mein Vater!“ rief sie mit freudiger Ueberraschung im Ton.

„Ihr Vater — der berühmte Archäologe Ihr Vater?“

„Ja!“ bestätigte sie mit Stolz.

„Sehr nett, er starb vor drei Jahren.“

„Wie bedauernswert, nicht allein für Sie, Fräulein Römer, sondern auch für die Wissenschaft. Aber sagen Sie mir um alles in der Welt, wie kommt das Kind des berühmten und, wie ich mich zu erinnern glaube, auch reichen Mannes in eine solche abhängige Stellung, unter fremde Menschen?“

Ein Schatten legte sich über Jiles Stirn. „Wir waren unter Verwandten ganz plötzlich durch den Bankrott eines Bankhauses.“

„Armes Kind!“

„Nein, Römer Sie nicht arm. Herr Graf, ich erwarb mir Kenntnisse, die ich nun verwerten kann, wenn ich mir wohl auch früher eine andere Verwendung getraut hätte.“

„Welche war das?“ fragte er neugierig.

„Ich habe mein Vikariat gemacht und wollte Archäologie studieren; aber Semester tat ich es bereits.“

„Wie?“ rief er überrascht. „So waren Sie eine Kollegin von mir?“

„Sie sind Archäologe, Herr Graf?“ fragte sie ebenso überrascht zurück.

„Ja, ich bin es; das wundert Sie von einem Majorsnatsberohn, nicht wahr? Ich gelte, es wäre auch natürlicher, ich hätte mich der Landwirtschaft gewidmet. Aber meine frühesten Neigungen zielten schon auf meinen jetzigen Beruf und mein Vater setzte ihnen kein Hindernis entgegen. Er ließ mich studieren und weite Forschungsreisen machen. Erst nach seinem Tode lebte ich beim als der Erbe eines großen Gutes. Ich hatte aber schon längst mein wissenschaftliches Werk begonnen, das ich um jeden Preis beenden mußte. Drei Jahre schon liegt daran die Leitung des Gutes in der Handen der Ehegatten; noch ein Jahr und ich hoffe das Wertvermögen zu haben. Ob ich denn Landwirt werden werde? Wer kann es jetzt schon wissen?“

„Aber daß Sie in die Fußstapfen Ihres Vaters treten wollten, Fräulein Römer, interessiert mich sehr. Sie lernten natürlich viel von ihm?“

„Ja, meine Kenntnisse verdanke ich zum Teil meinem Vater, aber auch meine vorläufige Kraft und Gesundheit, die er zu fördern und abzurufen suchte. Wie einen Jungen hat er mich von frühesten Kindheit an erzogen; darum sind auch meine Neigungen in ihm.“

„Aber Sie haben trotzdem das Weib nicht abgelehnt, wenn Sie es auch an Mut und Kraft mit jedem Mann aufnehmen konnten. Alle Achtung, Fräulein Römer! Ein anderes Weib hätte kaum den tüchtigen Entschluß gefaßt, sich bei einbrechender Dunkelheit einem unbekanntem Mann nach einem ungewissen Ziel zu fügen. So minderten wäre es Schwach von Furcht und Jagen geworden, als es vor dem Schicksale stand und nicht nicht den ersten besten Mann um Auskunft fragte. Sie vertrauten sich meiner Begleitung und Führung an, Fräulein Römer, wollen Sie sich noch einmal dieser Führung anvertrauen auf wissenschaftlichem Gebiet?“

„Wie soll ich das verstehen, Herr Graf?“

„Lassen Sie mich Ihre weiteren Studien fördern, wenn auch nur aus der Ferne.“

„Herr Graf!“ rief Jiles hochrot vor Freude.

„Ja nehme an, daß Sie das Studium gern weiter-treiben möchten.“

„Das war mein höchster Wunsch; ich ließ jedoch meine Bücher dabei, in der Annahme, keine Zeit zum Studieren zur Verfügung zu haben.“

„Sie haben also freie Zeit genug?“

„Ja, zwei Nachmittagsstunden und abends noch neun Uhr.“

„Ich werde Ihnen durch meinen treuen Diener die entsprechenden Bücher heraussuchen und wenn es die Gelegenheit wieder einmal so fällt, werden wir darüber diskutieren. Wollen Sie?“

„Ob ich will!“ sagte Jiles, von der Aussicht ganz begeistert. „Sie sind sehr gütig, Herr Graf, und ich weiß eigentlich nicht, womit ich das verdient hätte.“

„Nehmen Sie an, daß es der Todter meines verehrten Vaters gilt.“ erwiderte er selbstern und lächelte sich unwillkürlich straf auf.

„Sie läßt ihn so zum ersten Male in seiner höchsten Größe. Sie mußte zu ihm aufstehen, wollte sie in kein Gesicht bilden. Es war ein feines, geistvolles, wenn auch etwas blaßes Gesicht, das von einem dunklen, kurz gehaltenen Vollbart umgeben war. Eine hohe Denkfürst und kluge, freundliche Augen leuchteten aus. Er saß nach ihrer Rechten; die sie ihm ruhig überließ und lächelte leicht wieder. „Wo auf gute Kameradschaft, Fräulein Römer, falls Sie auf eine solche mit einem — Verwandten eingehen wollen.“

„Lassen Sie sich nie wieder dieses häßliche Prädikat bei, Herr Graf, ich bitte Sie darum!“

„Gut, es gilt.“

(Fortsetzung folgt.)

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Auffrischtes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer General-Betriebsführung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Poststelle oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklameseite 40 Pfg., Ausnahmestellen 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutend gezeichnet oder durch Fernsprecher ausgedruckte Anzeigen wird keinmal Garantien übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Stück, zusätzlich Postgebühr. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 146

Donnerstag, den 10. Dezember 1931

33. Jahrg

Fuhrenvergebung.

Die Vergebung der städtischen Fuhren für das Jahr 1932 erfolgt **Sonntag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr**, im Ratsteller.

Kemberg, den 9. Dezember 1931.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

In der letzten Jahresbillschaft des amerikanischen Präsidenten wird neben der Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft auch der Hilfe für Deutschland gedacht.

Frankreich hat den Regierungen, die an der Tagung des Sonderausschusses der B33, interessiert sind, seine Ansicht über die Reparationsfrage mitgeteilt.

Bei der Präsidentenwahl im Heffischen Landtag wurde der Nationalsozialist Professor Dr. Werner mit absoluter Mehrheit gewählt.

Weder die wirtschaftspolitischen Fragen sprach Geheimrat Kauff, wobei er Währungsreparaturen als Bedrohung am Volk bezeichnete.

Notverordnung unterzeichnet.

Schlussorttag des Kanzlers. — Dr. Goerdeler wird Preislenkungskommissar.

— Berlin, 9. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfangt in den Abendstunden des Dienstags den Reichskanzler Dr. Brüning zum abschließenden Vortrag und unterzeichnete danach die neue Notverordnung.

Die Notverordnung trägt den Titel: „Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 3. Dezember 1931.“ Eingeteilt ist die Verordnung in neun Abschnitte. Ingesamt umfasst sie 47 Seiten.

Nach dem Vortrag des Reichskanzlers empfing Reichspräsident von Hindenburg noch den Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Elpzig und bat ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnellen Durchführung der Preislenkung das Ziel der neuen Notverordnung geschaffene Amt eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu übernehmen. Dr. Goerdeler hat sich dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

Von den neun Abschnitten, in die die Notverordnung gegliedert ist, enthält der erste, der

Preis- und Zinssetzung

genannte Abschnitt Einzelbestimmungen über die Anspannung gebundener Preise an die veränderte Wirtschaftslage.

Im allgemeinen handelt es sich um eine 10prozentige Senkung. Wenn diese Senkung nicht durchgeführt wird, ist letzten alle Vereinbarungen als Null und nichtig. Das Kabinett hat sich aber nicht entschlossen, die Kartelle aufzulösen. Der Wirtschaftsminister kann über diese Grenze aber noch hinausgehen und den Zeitpunkt für die Herabsetzung vorschreiben.

Der Preis für Kohle und Kali wird ab 1. Januar ebenfalls um zehn Prozent gesenkt.

Es ist auch vorgebracht worden, dass die Herabsetzung des Rohpreises sich im Kleinhandel auswirkt.

Das zweite Kapitel enthält einen „Schutz gegen überhöhten Zinsen“, das dritte behandelt die Zinsenkung und das letzte die Aufhebung der Steuer-Bezugsnachteile und Senkung der Steuerzinsen.

Hierbei handelt es sich um eine sehr wesentliche Maßnahme, denn die hohen Zinsen für rückfällige Steuern werden abgemildert und das Reich berechnet 12 Prozent Jahreszinsen von den Steuerrückständen.

Was die

Einzelheiten der Zinsenkung

betrifft, werden die Zinsen für die festverzinslichen Papiere gesenkt, und zwar sowohl die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und der Kommunen als auch private Papiere dieser Art.

Die Zinsenkung soll durchgeführt werden bei acht Prozent oder weniger auf sechs Prozent, bei Zinssätzen von mehr als acht Prozent im Verhältnis von acht zu sechs. Diese Regelung gilt auch für Hypotheken und Pfandrechte, und es wird ausdrücklich unterstrichen, dass die Art der Durchführung von vornherein eine Schwächung solcher Papiere ausschließt.

Der Reichskommissar für das Bankgewerbe wird durch Vereinbarung mit den Spitzenverbänden eine Senkung der Debetzinsen herbeiführen. In den Fällen, in denen eine Vereinbarung nicht möglich ist, hat der Kommissar das Recht, von sich aus Verfügungen zu treffen. Durch Verhandlungen mit der Reichsbank ist eine Annäherung des Lombardzinsfußes an den Wechselzinsfuß herbeigeführt worden. Die Senkung beträgt zunächst ein Prozent.

Mietenkung für Alt- und Neubauwohnungen.

Der zweite Teil der Notverordnung behandelt die Wohnungswirtschaft und beginnt mit Bestimmungen über ihren Selbstwertungsansatz bei bebauten Grundflächen

Das zweite Kapitel über die Mietenkung, und zwar zunächst zum 1. April um 10 Prozent der Friedensmiete. Bei Neubauten ist die Bestimmung schon etwas kompliziert. Dort ermöglicht sich die Miete ab 1. Januar anteilig um den Betrag, um den die laufende Belastung der Grundflächen nach den Vorschriften über die Zinsenkung erniedrigt wird. Das nächste Kapitel behandelt die außerordentliche Kündigung von Mietverträgen. Ein weiteres den Abbau und die Beendigung der Wohnungswirtschaft und schließlich die Beamtenheimstätten.

Abbau der Hauszinssteuer.

Sofortige Lösbarkeit.

Die Hauszinssteuer soll allmählich abgebaut werden. Sie wird zunächst zum 1. April um 20 Prozent gesenkt. Später für die Jahre 1933 und 1936 auf 75 Prozent, für die folgenden Jahre auf 50 Prozent, sodass sie am 1. April 1940 ganz vermindert. Dieser Abbau wird zunächst dadurch sichergestellt, dass die Hauszinssteuer nach bestimmten Sätzen sofort abgelöst werden kann.

Die obige Mietenkung ergibt sich aus der Herabsetzung der Hypothekenzinsen. Wo die Zwangswirtschaft nicht mehr besteht, ist die Möglichkeit der einmaligen Kündigung vorgesehen, und zwar zum 1. April, das gilt auch für gewerbliche Räume.

Der dritte Teil der Notverordnung betrifft Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsverwaltung

und enthält als eine der wesentlichen Bestimmungen die Anordnung, daß auf Antrag eines Schuldners eine Zwangsversteigerung von Grundflächen auf sechs Monate ausgesetzt werden kann.

Der 4. Teil betrifft sich „sonstige wirtschaftliche Maßnahmen“ und beginnt mit „feierlichen Erleichterungen für die Ausübung der Gewerbetätigkeit“. Dabei handelt es sich um gewisse Erleichterungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuer. Ein weiteres Kapitel behandelt die Einheitsbewertung. Kapitel 3 hebt die Mineralwassersteuer bis zum 31. Dezember nächsten Jahres auf Kapitel 4 betrifft den Fonds für gewerbliche Gewerkschaften. Das nächste Kapitel „Gewerbe- und bürgerliche Vorschriften“. Es ist im wesentlichen eine Ergänzung, die Gewerbeordnung der neuen Wirtschaftslage anzuweisen und neue Bestimmungen in das Bilanzgesetz zu legen. Das 6. Kapitel sieht die Ausprägung von 10 Pfennig-Stücken vor. Ferner enthält der Teil Änderungen der Vorschriften über das Haushalts- und Schulwesen aus der Oktober-Verordnung und im Schulstatut werden Spar- und Girofaktoren, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen behandelt.

Aufhebung der Tarifverträge

Der 5. Teil der Notverordnung ist der Sozialversicherung und Fürsorge gewidmet. Hier werden die Themen: Krankenversicherung, Unfallversicherung, Renteversicherung, Fürsorgeeinrichtungen und gemeinnützige Vorrichtungen, Fürsorgeeinrichtungen usw. behandelt.

Der 6. Teil über die arbeitsrechtlichen Vorschriften enthält nur 2 Kapitel, und zwar 1. über die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten und 2. soziale Maßnahmen. Das Wesentliche daran ist, daß alle Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Die Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt.

Versammlungs- und Uniformverbot.

Bültig ab Mittwoch — für alle Verbände.

Wie zu den Bestimmungen der neuen Notverordnung über den Schutz des inneren Friedens mitgeteilt wird, gilt das Uniformverbot, das bereits am heutigen Mittwoch wirksam wird, für alle Verbände. Jedes Tragen irgendwelcher Uniformen ist den Angehörigen politischer Verbände außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Auch das Versammlungsverbot tritt sofort in Kraft.

Weiter ist eine erhebliche Verstärkung des Ehrenschutzes vorgezogen. Verleumdungen gegen Personen im öffentlichen Leben werden in Zukunft mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Außerdem sind bis zum 3. Januar zur Sicherung des Wehrnachschubs alle Versammlungen sowie alle Aufzüge unter freiem Himmel verboten.

Goerdeler verläßt die deutschnationale Partei.

Berlin, 9. Dezember. Der neuernannte Reichskommissar Dr. Goerdeler hat sich nach einer Unterredung mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Jugenberg entschlossen, da seine Stellung ihn in einen Gegensatz zur politischen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Oppositionsstellung gegen das Kabinett Brüning bringt, aus der Partei auszutreten.

Eine Warnung der Gewerkschaften.

Lohnsenkung und Eingriff in das Tarifrecht.

Berlin, 8. Dezember.

Der Vorlesung des DGB, Bepart, hat an den Reichskanzler Brüning folgenden Brief gerichtet: „Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Aus der Unterredung, die auf Ihren Vorschlag meine Kollegen am Sonntag mit dem Herrn Reichsarbeitsminister hatten, ist uns zur Kenntnis gekommen, daß die bevorstehende Notverordnung eine weitere Lohn- und Gehaltsenkung bringen soll dergestalt, daß an einem bestimmten Zeitpunkt die Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Bezüge und unter Aufhebung des ordentlichen Schlichtungsverfahrens durch gesetzlichen Zwang auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.“

Gegen solche Absicht erheben wir in letzter Stunde nochmals entschiedensten Protest. Wir warnen die Reichsregierung, den Weg der Lohnsenkung noch weiterzugehen und wir protestieren insbesondere gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht. Die voranschreitenden Folgen, die sich hieraus ergeben müssen, wird auch die Regierung nicht tragen können; wir erklären schon heute, daß wir jegliche Verantwortung ablehnen.“

Trebrunus als Mittler.

Eisenbahnergewerkschaften beim Reichsarbeitsminister.

Berlin, 9. Dezember.

Reichsarbeitsminister Trebrunus empfing Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften zu einer Aussprache über die mit der bevorstehenden Notverordnung zusammenhängenden Fragen.

Im Anschluß an ausführliche Darlegungen der Verhandlungsleiter wies der Minister darauf hin, daß die Reichsregierung die Preislenkungsaktion als ganzes behandeln müsse, und daß sie erwarte, daß die bevorstehenden harten Eingriffe in alle Wirtschaftsbeziehungen zu einer der Senkung der Bezüge entsprechenden Ermäßigung der Lebenshaltungskosten führen werden.

Was die vorgebrachten Einzelwünsche anginge, so sei er gern bereit, in freundschaftlichen Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahngehilfenschaft den Mittler zu machen. Weiter könne er bei der bekannnten rechtlichen Unabhängigkeit der Deutschen Reichsbahngehilfenschaft nicht geben.

Über fünf Millionen Arbeitslose.

Vom Arbeitsmarkt im Reich.

Berlin, 9. Dezember.

Die Zahl der Arbeitslosen nahm um rund 214 000 zu und betrug am 30. November nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter rund 5 057 000.

Der überwiegend jahreszeitliche Charakter der Bewegung kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonberufen um 7,7 vom Hundert, in den übrigen Berufsgruppen nur um 2,4 vom Hundert gegenüber dem Stande vom 15. November zugenommen hat. Seit dem sommerlichen Tiefstand war in diesem wie im vorigen Jahre eine Zunahme der Arbeitslosen um etwa 1,1 Millionen zu verzeichnen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 30. November insgesamt auf rund 2 772 000. Am einzelnen betrug sie in der Arbeitslosenversicherung rund 1 366 000 und hat seit Mitte des Monats eine Steigerung um rund 115 000 erfahren; Hauptunterstützungsempfänger in der Rentenversicherung wurden nach einer Zunahme um rund 24 000, Ende des Monats rund 1 406 000 gezählt.

